

Monitoring 2024.3 vom 15.01.2024



ANALYSE I

S. 3

BUNDESHAUSHALT: MEHR GELD FÜR CHIPS UND VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG

Zum Bundeshaushalt 2024 gibt es langsam Klarheit. Eine Vorlage des BMF zeigt für den Digitalbereich nur kleine Änderungen. Die Chipsgelder sind gesichert und sollen gar etwas erhöht werden, auch für ein wichtiges Verwaltungsvorhaben könnte es mehr Geld geben. Andere müssen hingegen kürzen.



ANALYSE II

S. 6

GESUNDHEITSWESEN: WAS DAS JAHR FÜR DIE DIGITALISIERUNG BRINGT

Das neue Jahr beginnt mit der Verpflichtung zum E-Rezept und der erfolgreichen Einführung digitaler Identitäten. Weiter warten heißt es währenddessen auf das Gematik-Gesetz. Auch das digitale Organspenderegister wird sich wohl erheblich verzögern. Ein Überblick, was für die Digitalisierung im Gesundheitswesen 2024 zu erwarten ist.



ANALYSE III

S. 9

DIE DIGITALEN VORHABEN VON CDU UND SPD IN HESSEN

In Hessen soll in der kommenden Legislaturperiode ein eigenständiges Ministerium die Digitalpolitik vorantreiben. Nach der Landtagswahl im Oktober wollen CDU und SPD gemeinsam die Regierung bilden. Im Digitalbereich wollen sie die Ausstattung der Schulen mit Endgeräten, eine digitalere Justiz sowie Verwaltung vorantreiben.



ERGEBNISSE

S. 12



BUNDESREGIERUNG

Startschuss für die unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der Sicherheitsgesetze

Bürokratieabbau: Das BEG IV bringt weitere Entlastung



BUNDESTAG

Digitalpolitische Folgen der China-Strategie

Rechenzentren sollen weniger Ressourcen verbrauchen



STAKEHOLDER

Digitalbranche zeigt sich von Krisen unbeeindruckt

Wir leisten uns zu viel Bürokratie

Mobiles Arbeiten erhöht die Gefahr von Cyberangriffen in Unternehmen



STATUS

S. 21



NEU

- Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024
-
-
-



IM PROZESS

- Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG)
- Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)



VERABSCHIEDET

- Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen
-
-
-



AUSBLICK

S. 45



BUNDESTAG

147. Sitzung des Deutschen Bundestages

68. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat

66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses



BUNDESRAT

936. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

1019. Sitzung des Ausschusses für Innere Angelegenheiten

992. Sitzung des Finanzausschusses



TERMINE

eco zur Digitalpolitik

Launch von Agora Digitale Transformation

BMDV-Neujahrsempfang

DatenTag der Stiftung Datenschutz



EDITORIAL

DIGITALCLUSTER BONN: SECHS BEHÖRDEN WOLLEN ENGER KOOPERIEREN

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in Bonn wollen sich sechs Behörden enger zu Digitalthemen vernetzen. Dazu haben sie das "Digital Cluster Bonn" bei einer Auftaktveranstaltung am Montag ins Leben gerufen. An der Initiative sind die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), das Bundesamt für Justiz (BfJ), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), das Bundeskartellamt (BKartA) und die Bundesnetzagentur (BNetzA) beteiligt. "Regulierung im Digitalbereich ist keine Solo-Performance, sondern ein gemeinsames Ensemble aus Ideen, Know-How und Zielen. Wir wissen, dass der Schlüssel zum Erfolg in einer starken Zusammenarbeit liegt", sagte BNetzA-Präsident Klaus Müller.

Das Ziel ist vor allem, die vielen Rechtsakte der Europäischen Union zu Digitalthemen gemeinsam umzusetzen und sich dabei zu unterstützen. Damit sind etwa der Digital Markets Act (DMA), der Digital Services Act (DSA), der AI Act, der Cyber Resilience Act (CRA) sowie die Datengesetze Data Governance Act (DGA) und der Data Act gemeint (vgl. TPM 2024.02). Konkret sollen Informationen über Entwicklungen im Digitalbereich zwischen den Behörden besser ausgetauscht werden, was durch themenbezogene Kooperationsgruppen auf Arbeitsebene verfestigt werden soll. Vorgesehen ist, dass jede Behörde eine Kontaktperson für das Netzwerk benennt. Das Cluster will gemeinsam Veranstaltungen durchführen, Best-Practice-Lösungen teilen und Positionspapiere erstellen. Zunächst ist es als Austauschplattform gedacht, perspektivisch sind aber auch gemeinsame Projekte vorstellbar.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche!



ELENA METZ

Analystin für Digitalpolitik

- ☎ 030 290 21 11422
- @ elena.metz@tagesspiegel.de
- 🐦 <https://twitter.com/TspMonitoringDi>

 ANALYSE I

BUNDESHAUSHALT: MEHR GELD FÜR CHIPS UND VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG

HAUSHALT

FINANZEN

ELENA METZ UND LINA RUSCH

Das Feilschen um den Bundeshaushalt 2024 und mögliche zusätzliche Mittel oder Kürzungen für Digitalvorhaben geht in diesen Wochen weiter. Am 11. Januar sind zunächst Expert:innen zu einer öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestages zusammenkommen und über den jüngst von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 zu beraten. Am 15. Januar folgte eine weitere öffentliche Anhörung im Finanzausschuss zum Steuerteil des Entwurfs. Die Bereinigungssitzung für den Gesetzentwurf für den Bundeshaushalt 2024 ist am 18. Januar geplant.

Nach einigen Wochen der Unklarheit kursiert seit vergangenem Mittwoch die Bereinigungsvorlage des Bundesfinanzministeriums (BMF) für diese Sitzung – aus der keine großen Kürzungen von Digitalgeldern hervorgehen. Im Gegenteil gibt es an der einen oder anderen Stelle mehr Geld. Die Vorlage listet Änderungen am Etatentwurf auf, mit denen das BMF die durch das Karlsruher Schuldenbremsen-Urteil vom November entstandene Deckungslücke im Etat 2024 in Höhe von 17 Milliarden Euro schließen will. Nach dem Finanzierungsbeschluss von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vom Dezember hatten sechs Bundesministerien den Auftrag, zusätzliche Einsparmöglichkeiten in ihren Etats zu suchen. Das Sparziel lautete 1,5 Milliarden Euro.

ÜBERRASCHEND EIN PLUS BEI DEN DIGITALGELDERN

Mit zusätzlichen Geldern können wohl die Bereiche Mikroelektronik und die Digitalisierung der Migrationsverwaltung rechnen, wie aus der zweiten Ergänzung zur Bereinigungsvorlage des BMF zum Haushaltsentwurf 2024 hervorgeht. Trotz der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) nötigen massiven Einsparungen am Klima- und Transformationsfonds (KTF), will die Bundesregierung an der Förderung von Mikroelektronik, vor allem dem Bau neuer Chip-Fabriken wie von Intel in Magdeburg, festhalten. In der BMF-Vorlage sind nun im Einzelplan 60 sogar mehr Ressourcen dafür eingeplant. Für den Posten "Mikroelektronik für die Digitalisierung" sieht die Vorlage rund 852,9 Millionen Euro mehr in diesem Jahr vor, insgesamt sind für 2024 rund 4,8 Milliarden Euro gelistet. Die Verpflichtungsermächtigungen bis 2030 sollen mehr als verdoppelt werden: Sie sollen von bisher rund 7,2 Milliarden Euro um 7,4 Milliarden Euro auf insgesamt rund 14,7 Milliarden Euro steigen.

Das BMF erklärt den zusätzlichen Bedarf mit der verzögerten beihilferechtlichen Genehmigung der Förderung von Intel durch die EU-Kommission. "Gleichzeitig wurden IPCEI-ME/KT-Projekte [Important Project of Common European Interest Mikroelektronik], die ursprünglich erst in 2024 bewilligt werden sollten, bereits bis Ende 2023 bewilligt, andere für 2023 geplante Bewilligungen können jedoch erst in 2024 erfolgen", heißt es. Auch die Änderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen erklärt das BMF mit der verzögerten Genehmigung des Intel-Vorhabens.

Das Sondervermögen "Digitale Infrastruktur", das zur Förderung des Gigabitnetzausbaus eingerichtet wurde und die Erlöse aus der Vergabe der 5G-Frequenzen enthält, soll wie vorgesehen in diesem Jahr aufgelöst werden. 2024 soll der Bund daraus nochmal rund 2,3

Milliarden Euro erhalten. Die Zuweisungen aus dem Sondervermögen "Digitale Infrastruktur" an den KTF sollen um 133,73 Millionen Euro gekürzt werden. Als neuer Betrag für 2024 gibt das BMF 4,07 Milliarden Euro an.

MEHR GELD FÜR MIGRATIONSVERWALTUNG

Im Etat des Bundesinnenministeriums (BMI) sind zusätzliche Gelder für die Digitalisierung im Migrationsbereich und der Migrationsverwaltung vorgesehen, was auch die Bundesländer gefordert hatten und im Beschluss zur Flüchtlingspolitik nach der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Länderchef:innen am 6. November festgehalten wurde. Dazu sollen zusätzliche Mittel etwa für Beamt:innen, die Ausstattung mit Geräten, Software, Wartung oder Fortbildungen fließen. Für die Ausstattung mit Geräten, Software und Wartung, sind beispielsweise 4,8 Millionen Euro mehr und somit insgesamt 24,7 Millionen Euro eingeplant. Gelder für IT-Aufträge und Dienstleistungen sollen sich um 82 Millionen Euro auf rund 125,5 Millionen Euro erhöhen. Zur Aufrechterhaltung der IT-Infrastruktur des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind zusätzlich 80 Millionen Euro vorgesehen. Auch dort sollen die Sachmittel für Geräte und Software, neue (Plan-)Stellen sowie für befristet Beschäftigte im BAMF um 27,2 Millionen Euro auf 65,6 Millionen Euro angehoben werden.

KÜRZUNG BEI NETZTECHNOLOGIEN UND AUTONOMEM FAHREN

Im Etat des Bundesdigitalministeriums (BMDV) sollen "Zuschüsse für die Entwicklung und Erprobung neuer, softwaregesteuerter Netztechnologien" um 8,3 Millionen Euro auf 71,6 Millionen Euro gekürzt werden. Das BMF begründet die Absenkung mit dem "Maßnahmenpaket zum Haushalt 2024 für zukunftsfeste Finanzen, soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen", sprich den Kürzungen im Haushalt, auf die sich Scholz, Habeck und Lindner am 19. Dezember geeinigt hatten. Das gleiche Schicksal hat den Haushaltsposten "Förderung eines verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätssystems auf Grundlage des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens" ereilt, hier werden neun Millionen Euro gekürzt. Zuschüsse in Höhe von 4,3 Millionen Euro "zur Verbesserung der Internetversorgung" entfallen ganz. Der "Digitalisierungszuschuss" für sehr abgelegene Haushalte und Unternehmen im ländlichen Raum wäre Ende des Jahres ohnehin ausgelaufen.

Bundesdigital- und Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) musste insgesamt etwa 380 Millionen Euro zusammenstreichen. Die größte Einzelmaßnahme macht bei ihm mit 176 Millionen Euro die Verringerung der Subvention bei den Trassenpreisen im Güterverkehr und im Personenverkehr auf der Schiene aus. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat – gemessen an ihrem Gesamtetat – den größten Brocken zu stemmen. Mehr als 380 Millionen Euro stammen aus ihrem Einzelhaushalt.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hat wie gefordert 200 Millionen Euro gestrichen, wie sich die 100 Millionen Euro zusammensetzen, die Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) suchen und finden sollte, ist nach der Vorlage noch nicht ganz klar. Dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den Rentenzuschuss um 600 Millionen Euro reduziert und 700 Millionen Euro bei Bürgergeld und Arbeitsmarktintegration kürzt, war schon bekannt.

Am 16. November vergangenen Jahres hatte der Haushaltsausschuss den Haushaltsentwurf bereits auf Grundlage einer ersten Vorlage des BMF und Änderungsanträgen der Ampel-Frakturen bereinigt (vgl. TPM 2023.47). In der Sitzungswoche vom 29. Januar sollen die Aussprache sowie Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz folgen. Am 2. Februar könnte der Bundesrat bereits grünes Licht geben.

POSITIONEN**Thomas Prechtl (Präsident, BSN)**

"Die Bundesregierung scheint sich von ihrem zentralen Ziel der Digitalisierung des Schienennetzes zu verabschieden. Die Streichung der vorgesehenen 200 Mio. Euro für die Ausrüstung der Fahrzeuge mit On-Board Units ist ein weiterer Rückschritt. Denn eine Digitalisierung der Strecke ist ohne diese Ausrüstung der Fahrzeuge sinnlos, da Züge ohne On-Board Units auf ausschließlich digitalisierten Strecken nicht fahren können. Hier muss der Bund endlich die Realitäten erkennen und die Förderung der Umrüstung massiv vorantreiben, sonst geht wertvolle Zeit verloren. [...] Eine reine Erhöhung des Eigenkapitals der DB AG sowie die Umschichtung von bisher klar zugewiesenen Einzelplänen wie beispielsweise der Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit der Bahnhöfe in den Bereich der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LufV), führt zu einer weiter steigenden Intransparenz der Mittelverwendung für die Branche. Dies halten wir für falsch."

(schiennahverkehr.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/VBbAGz>

DOKUMENTE

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

<http://tsp.pm/OelwFQ>

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024) (20/7800)

<https://tsp.pm/eEQrkQ>

Stellungnahmen zur Anhörung des Haushaltsausschusses zum Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (72. Sitzung)

<http://tsp.pm/ta4HBU>

Stellungnahmen zur Anhörung des Finanzausschusses zum Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (78. Sitzung)

<http://tsp.pm/inzKUX>

Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023: Beschluss zur Flüchtlingspolitik

<http://tsp.pm/feFAUz>

WEITERE QUELLEN

Bundesregierung: Weiterer Schritt zum Haushalt 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/PrBdeH>

hib: Noch kein Wirtschaftsplan für 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/Ir0JeU>

hib: Koalition legt zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz vor (09.01.2024)

<http://tsp.pm/jWTQyE>

 ANALYSE II

GESUNDHEITSWESEN: WAS DAS JAHR FÜR DIE DIGITALISIERUNG BRINGT

GESUNDHEIT/PFLEGE

REGIERUNG

MARIE ZAHOUT

Es ist die erste Anwendung, deren Vorteile Versicherte ab sofort spüren sollen: Seit Anfang des Jahres ist das E-Rezept Pflicht. Eingelöst werden können die Rezepte per elektronischer Gesundheitskarte (eGK), App oder Papierausdruck. Und das Verfahren scheint an Akzeptanz zu gewinnen. Bereits Ende Dezember waren mehr als 15 Millionen E-Rezepte eingelöst worden. Wie es vom Interessenverband E-Rezept-Enthusiasten heißt, ist vor allem die Stecklösung mit der eGK dafür verantwortlich. Mindestens 70 Prozent aller E-Rezepte würden über diesen Weg eingelöst. Allerdings waren im Dezember nur sechs Prozent aller ausgestellten Rezepte überhaupt ein E-Rezept.

Dass die gesetzlich geregelte Verpflichtung zur Nutzung des E-Rezepts unabhängig vom Digital-Gesetz (DigiG) gilt, darauf hatte Susanne Ozegwoski in einem Schreiben an die Gematik-Gesellschafter bereits im September hingewiesen. In dem Brief erklärt die Abteilungsleiterin für Digitalisierung im Bundesgesundheitsministerium (BMG), dass in den Praxisverwaltungssystemen die E-Rezept-Funktionalität flächendeckend implementiert sei und stetig optimiert werde. "Somit sind alle technischen Voraussetzungen für eine flächendeckende Nutzung des E-Rezepts erfüllt." Das DigiG und Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) können frühestens im Februar in Kraft treten (vgl. TPM 2023.51). Wer das E-Rezept nicht nutzt, muss also mit Sanktionen rechnen. Wie es im DigiG heißt, könne die Vergütung vertragsärztlicher Leistungen pauschal um ein Prozent gekürzt werden.

WUNSCH NACH WEITEREM EINLÖSEWEG

Kritik an der Umsetzung des E-Rezepts kam zuletzt vom Deutschen Apothekerverband (DAV). Bemängelt wurde unter anderem die Datenqualität, die Nutzung von zu wenig strukturierten Daten und häufige Ausfälle von Komponenten der Telematikinfrastruktur (TI). Online-Apotheken fühlen sich vor allem durch das Abrufen des E-Rezepts über die eGK benachteiligt. "Die eGK-Stecklösung ist kein volldigitaler Einlöseweg", kritisiert Redcare Pharmacy. Patient:innen müssten dafür physisch in der Apotheke anwesend sein. Beim Einlösen über die App brauche es eine Pin, was einem niedrighwelligen Zugang im Weg stehe, und der Papierausdruck werde von der Ärzteschaft nicht akzeptiert. Mittels Smartphone und NFC-fähiger elektronischer Gesundheitskarte könne der physische Steckvorgang aber technisch problemlos und sicher digitalisiert werden, so der Vorschlag.

Wenn ab 2024 digitale Identitäten zur Authentifizierung zur Verfügung stehen, müsse das E-Rezept auch über einen niedrighwelligen Kanal zum Identitätsnachweis oder über ein papierloses "Scanverfahren" über die Kartenlesegeräte in Arztpraxen einlösbar sein, fordert DocMorris. Der Wunsch der Versandhändler scheint Gehör zu finden. So hat die Gesellschafterversammlung der Gematik den Auftrag erteilt, ein weiteres Produkt zum Einlösen von E-Rezepten zu entwickeln.

AUF DEM WEG ZUR BIOMETRISCHEN ANMELDUNG

Wie erwähnt, sollen digitale Identitäten den E-Rezept-Login vereinfachen. Seit diesem Jahr sind die Krankenkassen nach dem Digitale-Versorgungs-und-Pflege-Modernisierungsgesetz (DVPMG) verpflichtet, ihren Versicherten diese anzubieten – sofern diese das wünschen. Eingesetzt werden soll diese Art Schlüssel für das Gesundheitswesen als Alternative zur

eGK. Die Option, auf Karten bei der Anmeldung zu verzichten und biometrische Merkmale zu nutzen, soll für Komfort sorgen.

Im Dezember haben der Softwarekonzern IBM und der IT-Dienstleister RISE eine Zulassung für digitale Identitäten erhalten. Genutzt wird die IBM-Lösung von der Techniker Krankenkasse (TK) und den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK). Auch der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) hat Verträge mit den Unternehmen geschlossen. Mitte September hatte die Barmer als erste Kasse bekannt gegeben, eine Zulassung für die GesundheitsID bekommen zu haben. Entwickelt wurde diese von der Telekom-Tochter T-Systems und dem Plattformdienst Verimi. Ab 2026 sollen Versicherte dann auch in der Arztpraxis keine eGK mehr als Versicherungsnachweis brauchen. Geplant ist eine kartenunabhängige Telematikinfrastruktur.

Mit erheblicher Verspätung an den Start gehen soll in den kommenden Wochen – oder vielleicht Monaten – das digitale Organspenderegister. Mit dem beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) angesiedelten Register sollen Entscheidungen zur Organspende festgehalten werden. Als externer Dienstleister beauftragt ist die Bundesdruckerei – die von einem anspruchsvollen, komplexen Digitalprojekt mit vielen beteiligten Akteuren spricht. Auch haben bislang nur wenige Krankenhäuser den Registrierungs- und Authentifizierungsprozess durchlaufen, um Zugriff auf das Register zu erhalten. Um den Prozess zu beschleunigen, sah ein fachfremder Änderungsantrag im Gesundheitsausschuss des Bundestages zum DigiG deshalb eine verpflichtende Anbindung der Kliniken vor, der angenommen wurde. Die Klinikverbände gehen davon aus, dass die Anbindung zum Start des Registers erfolgt sein wird.

WARTEN AUF DAS GEMATIK-GESETZ

Mit Spannung erwartet wird das Gematik-Gesetz. Nach der Verabschiedung von DigiG und GDNG soll dieses den rechtlichen Rahmen schaffen, damit die Gematik die geplanten Neuerungen auch entsprechend begleiten kann. Geplant ist eine Weiterentwicklung zu einer digitalen Gesundheitsagentur. "Die Nutzerorientierung wird in der Digitalagentur zukünftig an erster Stelle stehen: Dazu erhält sie die Verantwortung für die Digitalisierung von Ende-zu-Ende-Prozessen sowie den Auftrag, umfassende Vorgaben zur Interoperabilität verbindlich festzulegen", wird in der Digitalstrategie angekündigt. Als Interims-Geschäftsführer leitet Florian Hartge die Geschäfte seit dem Weggang von Markus Leyck Dieken Ende Dezember.

Bundesdatenschutzbeauftragter (BfDI) bleibt vorerst Ulrich Kelber. Nach Ablauf seiner ersten Amtszeit wird er die Geschäfte bis zur Wahlentscheidung im Deutschen Bundestag für höchstens sechs Monate weiterführen, wie Ende Dezember bekannt wurde. Kelber bewirbt sich zudem um eine zweite Amtszeit. Dann könnte er Teil des Digitalbeirats bei der Gematik werden. Dieser soll unter anderem mit Vertreter:innen des BfDI, des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Medizin und Ethik besetzt werden. Aufgabe ist es, die Gematik bei ihren Festlegungen mit Empfehlungen zu Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit, der Datennutzung und der Anwenderfreundlichkeit zu beraten.

POSITIONEN

Alexander Rabe (Geschäftsführer, eco)

"Die hohe Akzeptanz für das E-Rezept bedeutet Rückenwind der Bevölkerung für mehr Digitalisierung im Gesundheitswesen. Menschen sind offen für digitale Innovationen und wollen davon profitieren. Das E-Rezept ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie Digitalisierung Abläufe und Prozesse erleichtern und beschleunigen kann. Zeitgleich werden hierdurch Nachhaltigkeitsaspekte durch das Einsparen von Papier gefördert und das generelle Sicherheitsniveau im Umgang mit persönlichen Daten gesteigert." (eco.de, 10.01.2024) <http://tsp.pm/4FahI5>

WEITERE QUELLEN

Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege (Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz – DVPMG)

<http://tsp.pm/DA4U6m>

ABDA: E-Rezept: eGK ist meistgenutzter Einlöseweg (10.01.2024)

<http://tsp.pm/2OmgCh>

GKV-SV: Nutzen ist Schlüssel zum Erfolg Digitaler Gesundheitsanwendungen (08.01.2024)

<http://tsp.pm/BuIHW0>

 ANALYSE III

DIE DIGITALEN VORHABEN VON CDU UND SPD IN HESSEN

LÄNDER/KOMMUNEN

WAHL

ELENA METZ UND EDUARD MÜLLER

Nach der hessischen Landtagswahl im Oktober ist wohl die spannendste Neuerung, dass das Bundesland ein neues Ministerium für Digitalisierung und Innovation bekommt. Bisher war das Digitalministerium kein eigenständiges Ressort, sondern als "Bonsai-Ministerium" mit seinen drei Abteilungen an die Staatskanzlei angekoppelt. Das Thema bleibt unter Leitung des Wahlsiegers CDU und wird von der bisherigen Digitalministerin Kristina Sinemus weitergeführt. Ministerpräsident in Hessen bleibt Boris Rhein (CDU), der am Montag gemeinsam mit SPD-Landeschefin Nancy Faeser das neue Kabinett vorstellte. Bei der Landtagswahl am 8. Oktober waren die Christdemokraten mit 34,8 Prozent wieder klar stärkste Kraft geworden. Sie konnten 7,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2018 hinzugewinnen.

Die Regierungsgeschäfte wollen sie allerdings nicht mehr zusammen mit den Grünen, sondern mit der SPD führen. Die Sozialdemokraten mussten bei der Wahl 4,7 Prozentpunkte abgeben und erreichten nur noch 15,1 Prozent der Stimmen – und wurden somit von der AfD überholt, die sich um 5,3 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent verbessern konnte. Hinter der SPD an vierter Stelle folgen die Grünen, die fünf Prozentpunkte einbüßten und noch 14,8 Prozent erzielten. Die FDP schaffte es mit fünf Prozent gerade noch so in den Landtag, wohingegen die Linke mit nur 3,1 Prozent dort nicht mehr vertreten sein wird. Die konstituierende Landtagssitzung soll am 18. Januar erfolgen.

DIGITALISIERUNG VON SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll die Digitalisierung im Bildungswesen werden. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag, man wolle für Schüler:innen ab der 7. Klasse "digitale Endgeräte sicherstellen und einen kostenfreien Zugang zu digitalen Endgeräten in der Schule ermöglichen, wenn es integraler Bestandteil des Unterrichts ist". Auch für Lehrkräfte soll, finanziert durch Landesmittel, die Ausstattung mit mobilen Endgeräten "verbessert werden". Bis 2025 wolle man das bisherige Ausstattungs- und Supportkonzept optimieren. Die Strategie "Digitale Schule Hessen" soll zudem weiterverfolgt und "pädagogische Innovation mit digitalen Vorhaben" verbessert werden.

Vorgesehen sind zudem ein neues Schulfach "Digitale Welt" in den Jahrgangsstufen 5 und 6, das flächendeckend eingeführt wird, ebenso wie Pilotprojekte für die Fortsetzung des Fachs in der 7. Stufe. Gemeinsam mit Schüler:innen sollen des Weiteren "neue KI- oder AR-basierte Lehr- und Lernmethoden" erprobt werden. Jene Strukturen, die "sich der Aufgabe der Weiterbeschäftigung mit KI und der digitalen Welt widmen", sollen auf Landesebene strukturell gebündelt werden, externe Partner wie den Bund oder Universitäten werde man "einbinden".

Für den Hochschulbereich planen die hessische CDU und SPD, das Programm "Heureka digital" aufzulegen. Das soll die digitale Infrastruktur an den Hochschulen fördern und deren Innovationsraum "langfristig sichern". Ein "neuer und ausgeweiteter Digitalpakt Hochschule" soll zudem den digitalen Wandel in Forschung, Lehre und Wissenschaft vorantreiben, etwa im Bereich der Hochleistungsrechner.

Für alle hessischen Hochschulen wollen die Koalitionspartner ein landesweites Portal auf Cloudbasis einführen, das auch eine Online-Bibliothek für alle Hochschulen umfasst. Zudem wird eine "landesweit einheitliche" App für Studierende und Hochschulmitarbeiter:innen angekündigt.

DIGITALE JUSTIZ UND DATENSCHUTZ

Mit Blick auf die Digitalisierung der hessischen Justiz werde man die Einführung der elektronischen Akte "mit Nachdruck vorantreiben". Auch die Strafjustiz soll in Kooperation mit den Polizeistellen auf die elektronische Akte umgestellt werden. Für Bürger:innen Hessens sollen digitale Rechtsantragsstellen eingerichtet und die Online-Vergabe von Terminen ausgebaut werden. "Bestimmte Forderungen" sollen durch ein zivilgerichtliches Online-Verfahren schneller durchsetzbar werden.

Neben der Erweiterung der IT-Ausstattung in der Justiz, unter anderem um mehr Videoverhandlungen zu ermöglichen, wolle man auch KI stärker in der Justizarbeit nutzen – unter anderem bei Massenverfahren wie etwa zu Fluggastrechten, zur Anonymisierung von Urteilen oder in Kostenfestsetzungsverfahren. Jedoch dürfe KI in der Justiz "weiterhin nur als Hilfsmittel eingesetzt werden", heißt es. Beim Datenschutz wolle man den freien Datenverkehr als die "ursprüngliche Zielrichtung" der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) "wieder in den Blick nehmen" und auf Open Data setzen. Einsetzen wollen sich die Koalitionäre zudem für eine "bundeseinheitliche Strategie zum Datenschutz in Schulen". Zudem wolle man mit den zuständigen Behörden Leitlinien ausarbeiten, um Verwaltungsdigitalisierungsprojekte DSGVO-konform, barrierefrei und effizient umsetzen zu können.

VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG

Die Koalitionäre bekennen sich zu einer durchgehenden und übergreifenden digitalen Abbildung von Verwaltungsdienstleistungen. Das Angebot soll bis Ende der Legislaturperiode – also 2029 – komplett online zur Verfügung stehen. Landesgesetze sollen dazu angepasst werden, etwa um Schriftformerfordernisse zu reduzieren. Neue Gesetzesvorhaben sollen verstärkt per "Digital-Check" auf ihre Digitaltauglichkeit abgeschätzt werden. Um den gesamten Prozess digitalisieren zu können, wollen CDU und SPD die Registermodernisierung forcieren – mit einer abgestimmten Steuerung, gebündelten Personalressourcen und einer gesicherten Finanzierung.

Ein digitales "Infoboard" soll künftig den Bearbeitungsstand aller individuellen Verwaltungsvorgänge zu einer Person oder einem Unternehmen anzeigen. Daneben soll ein digitales Verwaltungscockpit die Behördenarbeit transparent machen. Um die Abläufe besser zu bündeln, soll künftig ein Gremium auf Staatssekretärebene verbindliche Entscheidungen zur Verwaltungsdigitalisierung vorbereiten. Andere Gremien und Schnittstellen sollen auf den Prüfstand gestellt und wo möglich abgeschafft werden.

Zusammen mit den Kommunen und den eigenen IT-Dienstleistern soll die kommende Landesregierung eine Multi-Cloud-Strategie aufsetzen und eine "hessische Multi-Cloud" entwickeln. Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) soll zu einem umfassenden Digitalisierungsdienstleister umgebaut werden, der etwa als Projektagentur für die Landesverwaltung Digitalisierungsvorhaben umsetzt. CDU und SPD wollen eine Digitaloffensive mit den Kommunen beginnen. Sie sollen durch erweiternde Angebote der Landes-IT-Dienstleister und standardisierte Schnittstellen unterstützt werden. In einem "Gov Lab Hessen" sollen Expert:innen aus Landesverwaltung, Kommunen gemeinsam etwa mit Produktdesigner:innen und Informatiker:innen kurzfristig und agil effektive Lösungen erarbeiten.

KI, HALBLEITERINDUSTRIE UND GLASFASERAUSBAU

Stufenweise ausgebaut werden die KI-Forschungsprogramme Hessian.AI und das Zentrum für Angewandtes Quantencomputing (ZAQC), auch andere Projekte wie das AI Quality & Testing Hub (AIQ) und das Zentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) sollen "gestärkt" werden. Das KI-Förderprogramm "Distr@I" soll weiterentwickelt werden. "Intensivieren" wollen CDU und SPD das hessische Engagement in der European Semiconductor Regions Alliance (ESRA). Der Fokus auf den Halbleiterstandort Hessen gelte nicht nur der Chipfertigung, sondern auch dem Chipdesign – die Koalitionäre wollen hierzu einen Branchendialog führen, der die Basis für die Ansiedlungspolitik im Rahmen des deutschen Halbleiterökosystems voranbringen soll. Der erste Rechenzentrumsstandort für den digitalen Euro soll nach den Plänen von CDU und SPD in Hessen liegen. Beim Glasfaserausbau kündigen die Koalitionäre an, bis 2030 weiterhin Fördermittel zur Anbindung unversorgter Adressen einzusetzen und alle Förderbescheide des Bundes mitzufinanzieren. Die hessische Gigabitstrategie wolle man "ambitioniert" vorantreiben.

Um die Digitalisierung in der Pflege voranzutreiben, soll eine "digitale Agenda für den Gesundheits- und Pflegebereich unter Einbeziehung des Kompetenzzentrums für Telemedizin und eHealth" entwickelt und das Thema Gesundheit in das Projekt "Hessen AI" integriert werden. Zudem wird angekündigt, "das Thema Digitalisierung verpflichtend in die Aus-, Weiter- und Fortbildung in allen Gesundheitsberufen" zu integrieren.

DOKUMENTE

CDU Hessen, SPD Hessen: "Eine für alle" – Hessenvertrag der demokratisch-christlich-sozialen Koalition 2024-2029 (18.12.2023)

<https://tsp.pm/1X8UoL>

WEITERE QUELLEN

Statistisches Landesamt Hessen: Ergebnis der Landtagswahl 2023

<http://tsp.pm/PBdLFO>

 ERGEBNISSE

ÜBERSICHT DER KW 2

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 08.01. bis 14.01.2024

 **BUNDESREGIERUNG**
BMI, BMJ

Startschuss für die unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der Sicherheitsgesetze

BMJ

Bürokratieabbau: Das BEG IV bringt weitere Entlastung

 **BUNDESTAG**
FRAGE & ANTWORT
ANTWORT

Digitalpolitische Folgen der China-Strategie

FRAGE & ANTWORT
ANTWORT

Rechenzentren sollen weniger Ressourcen verbrauchen

FRAGE & ANTWORT
KLEINE ANFRAGE

Union thematisiert Einführung des digitalen Führerscheins

FRAGE & ANTWORT
KLEINE ANFRAGE

Internationale Gipfel zu Künstlicher Intelligenz

AUSSCHÜSSE
ANHÖRUNG

Datenaustausch zwischen Ausländer- und "Leistungsbehörden"

FRAKTIONEN
MITTEILUNG

Rückenwind für unsere Wirtschaft und Gesellschaft

FRAKTIONEN
MITTEILUNG

Konstantin von Notz und Marcel Emmerich zur Entscheidung des Bundesinnenministeriums, die Überwachungsgesamtrechnung künftig vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht erstellen zu lassen

 **STAKEHOLDER**
Mediananstalten

Vielfalt, die ankommt: Dr. Eva Flecken übernimmt DLM-Vorsitz und betont Wirksamkeit der deutschen Medienaufsicht

Bitkom

Digitalbranche zeigt sich von Krisen unbeeindruckt

DLT

Wir leisten uns zu viel Bürokratie

BDEW, BREKO

Gigabit Infrastructure Act: EU muss jetzt Bedingungen für schnellen Glasfaserausbau schaffen

TÜV-Verband

Mobiles Arbeiten erhöht die Gefahr von Cyberangriffen in Unternehmen

SPECTARIS

SPECTARIS mahnt zu Reformen in der Hilfsmittelversorgung



BMI, BMJ

10.01.2024

STARTSCHUSS FÜR DIE UNABHÄNGIGE WISSENSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNG DER SICHERHEITSGESETZE

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Bundesregierung	http://tsp.pm/t58NAR	–

Das Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht wird im Jahr 2024 die Sicherheitsgesetze in Deutschland evaluieren. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) hat das Beschaffungsamt des BMI dafür gestern den Zuschlag erteilt. Das Ergebnis wird eine "Überwachungsgesamtrechnung" sein, welche die bestehenden Befugnisse auf ihre tatsächlichen und rechtlichen Auswirkungen und auf ihre Effektivität hin untersucht. Das Vorhaben ist im Koalitionsvertrag vorgesehen. Die Überwachungsgesamtrechnung umfasst eine wissenschaftliche und evidenzbasierte Untersuchung, die insbesondere aufzeigen soll, welche Auswirkungen die Überwachungsbefugnisse in den Sicherheitsgesetzen und deren praktische Anwendung auf Freiheit und Demokratie haben. [...]

INNERE SICHERHEIT

ÜBERWACHUNG

BMJ

11.01.2024

BÜROKRATIEABBAU: DAS BEG IV BRINGT WEITERE ENTLASTUNG

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Bundesregierung	http://tsp.pm/jLorjM	–

Das Bundesministerium der Justiz hat heute den Referentenentwurf zu einem vierten Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (BEGIV) veröffentlicht. Damit wird ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann erklärt: "Wir entlasten unsere Unternehmen spürbar von Bürokratie. Denn sie brauchen Abhilfe vom Bürokratie-Burn-Out, das sie seit Jahren plagt. Genau daran setzt unser Meseberger Entbürokratisierungspaket an. Damit entlasten wir unsere Unternehmen um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr. Das BEG IV ist Teil dieses Pakets, mit dem wir vor allem gegen die Zettelwirtschaft vorgehen: Wir verkürzen die handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege von zehn auf acht Jahre. Die Hotelmeldepflicht und das lästige Ausfüllen von Meldescheinen für deutsche Staatsangehörige entfallen. Schriftformerfordernisse schaffen wir wenn möglich ab oder stufen wir etwa auf die Textform herab. Klar ist aber auch: Mit dem BEG IV gehen wir einen wichtigen, aber nicht den letzten Schritt zu weniger Bürokratie und mehr Freiräumen. Wir werden weiter mit Hochdruck daran arbeiten, Bürgern und Unternehmen das Leben in Deutschland leichter und unbürokratischer zu gestalten." [...]

BÜROKRATIEABBAU

WIRTSCHAFT

FRAGE & ANTWORT

DIGITALPOLITISCHE FOLGEN DER CHINA-STRATEGIE

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9450 http://tsp.pm/5V5uge	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (20/9450)

Die Europäische Union darf aus Sicht der Bundesregierung in Schlüsselbereichen nicht abhängig werden von Technologien aus Drittstaaten, die die fundamentalen europäischen Werte nicht teilen. Wie die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion unter Verweis auf ihre China-Strategie weiter schreibt, gelte es, solche Abhängigkeiten insbesondere in kritischen Bereichen der Informationstechnologie durch die Sicherung und den Ausbau von technologischen Kompetenzen und Kapazitäten einerseits sowie andererseits durch die Diversifizierung von Lieferketten und Bezugsquellen zu vermeiden – immer unter Berücksichtigung der Innovationskraft und Resilienz technologischer und digitaler Ökosysteme insgesamt. (hib)

INTERNATIONAL

DIGITALE SOUVERÄNITÄT

FRAGE & ANTWORT

RECHENZENTREN SOLLEN WENIGER RESSOURCEN VERBRAUCHEN

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9667 http://tsp.pm/VVxcif	Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (20/9106)

Die Bundesregierung kann nach eigenen Angaben den Trend, mehr zentrale IT für die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung zu benötigen, nicht aufhalten oder umkehren. Jedoch werde mit der Umsetzung der Kriterien des "Blauen Engels" für Rechenzentren dem steigenden Strom- und Ressourcenverbrauch entgegengewirkt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der bisherigen Linksfraktion. Dadurch könnten in den Rechenzentren des Bundes zum einen direkte Einsparungen erreicht werden, zum anderen könne durch das kontinuierliche Monitoring regelmäßig das Optimierungspotenzial geprüft werden. Die Bundesregierung nutzt den Angaben zufolge derzeit 118 Rechenzentren, davon 103 im Eigenbetrieb. (hib)

ENERGIE

FRAGE & ANTWORT

UNION THEMATISIERT EINFÜHRUNG DES DIGITALEN FÜHRERSCHEINS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion	20/9938 http://tsp.pm/8iTff6	–

In welchem Stadium sich die Vorbereitungen zur Einführung des digitalen Führerscheins in Deutschland befinden, möchte die CDU/CSU-Fraktion wissen. In einer Kleinen Anfrage erkundigen sich die Abgeordneten außerdem nach dem Stand der Abstimmungen auf europäischer Ebene zur Harmonisierung der rechtlichen Grundlagen für den digitalen Führerschein. (hib)

EU

VERWALTUNG

FRAGE & ANTWORT

INTERNATIONALE GIPFEL ZU KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	20/9983 http://tsp.pm/KaCEPB	–

Der Internationale Gipfel zu Künstlicher Intelligenz (KI) in Bletchley Park im November 2023 sowie eine dort diskutierte Deklaration ist Thema einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion. Insgesamt 20 Fragen haben die Abgeordneten zu der Konferenz eingereicht. Unter anderem fragen sie danach, welche deutschen Regierungsvertreter bei der Tagung anwesend waren. Insbesondere wird gefragt nach den Ministern Heil, Stark-Watzinger und Wissing. Die AfD-Fraktion will in diesem Zusammenhang auch wissen, welche Möglichkeiten die Bundesregierung sieht, den AI-Act "wirtschaftsfreundlicher auszugestalten", der derzeit auf EU-Ebene verhandelt werde. Auch will sie unter Verweis auf einen Medienbericht wissen, ob der chinesische Vertreter Wu Zhaohui, Vizeminister für Wissenschaft und Technologie, KI tatsächlich als "unsicher, unerklärlich und intransparent" bezeichnete. (hib)

KI
INTERNATIONAL

AUSSCHÜSSE

DATENAUSTAUSCH ZWISCHEN AUSLÄNDER- UND "LEISTUNGSBEHÖRDEN"

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Öffentliche Anhörung	20/9470 http://tsp.pm/LH0Im0	–

Um den Gesetzentwurf der Bundesregierung "zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht" geht es am Montag, 15. Januar 2024, in einer Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat. [...] Mit dem Gesetzentwurf soll der digitale Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und den für die Sicherung des Existenzminimums zuständigen "Leistungsbehörden" verbessert werden. Zugleich sollen die Behörden durch eine möglichst automatisierte Datenübermittlung über das Ausländerzentralregister (AZR) "von den zahlreichen standardmäßigen manuellen Abfragen" entlastet und zugleich etwaigem Leistungsmissbrauch vorgebeugt werden, wie die Bundesregierung in der Begründung ausführt. Danach werde mit dem Gesetz zudem die Erfüllung der Verpflichtung aus der EU-"Migrationsstatistik-Verordnung" zur Erfassung des Leistungsbezuges von Geflüchteten ermöglicht. [...] (hib)

REGISTER
VERWALTUNG
DATEN/DATENSCHUTZ

FRAKTIONEN

RÜCKENWIND FÜR UNSERE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	http://tsp.pm/vAlmvV	–

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass das Bundesjustizministerium den Referentenentwurf zum Bürokratieentlastungsgesetz veröffentlicht hat. Damit beginnt ein wichtiger Prozess, um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Esra Limbacher, Mittelstandsbeauftragter und zuständiger Berichterstatter: "[...] Damit werden wir die Wirtschaft, unseren Mittelstand und die Gesellschaft insgesamt entlasten und für notwendigen Rückenwind sorgen. Die Bürokratieentlastung ist neben anderen Programmen zur Förderung unserer Wirtschaft ein entscheidender Baustein. Derzeit bereiten wir uns intern auf das parlamentarische Verfahren vor. Neben den Vorschlägen aus der Bundesregierung wollen wir hier auch eigene Vorschläge aus der SPD-Bundestagsfraktion einbringen." Zanda Martens, zuständige Berichterstatterin: "[...] Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, zwischen unnötiger Bürokratie und Normen, die Schutzstandards betreffen, zu unterscheiden. Notwendige Bürokratieentlastung darf nicht zum Abbau von Schutz- und Sozialstandards führen. [...]"

BÜROKRATIEABBAU

WIRTSCHAFT

FRAKTIONEN

KONSTANTIN VON NOTZ UND MARCEL EMMERICH ZUR ENTSCHEIDUNG DES BUNDESINNENMINISTERIUMS, DIE ÜBERWACHUNGSGESAMTRECHNUNG KÜNFTIG VOM MAX-PLANCK-INSTITUT ZUR ERFORSCHUNG VON KRIMINALITÄT, SICHERHEIT UND RECHT ERSTELLEN ZU LASSEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	http://tsp.pm/RI9q9l	–

Zur Entscheidung des Bundesinnenministeriums, die Überwachungsgesamtrechnung künftig vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht erstellen zu lassen, erklären Konstantin von Notz, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Marcel Emmerich, Obmann im Ausschuss für Inneres und Heimat: "Endlich bekommt Deutschland eine Überwachungsgesamtrechnung. Dass das Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht erstmals die sicherheitspolitischen Befugnisse auf ihre tatsächlichen und rechtlichen Auswirkungen hin wissenschaftlich und unabhängig untersucht, ist ein echter Meilenstein für eine evidenzbasierte Sicherheitspolitik und den Schutz der Freiheitsrechte. Eine solche Gesamtbetrachtung, auf die sich SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag verständigt haben, wurde auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts immer wieder gefordert. Sie bietet die Grundlage für eine grundrechtsorientierte Innen- und Sicherheitspolitik. [...]"

ÜBERWACHUNG

TRANSPARENZ

STAKEHOLDER

BUNDESBEHÖRDEN UND -ORGANISATIONEN

Medienanstalten

10.01.2024

VIELFALT, DIE ANKOMMT: DR. EVA FLECKEN ÜBERNIMMT DLM-VORSITZ UND BETONT WIRKSAMKEIT DER DEUTSCHEN MEDIENAUF SICHT

Dr. Eva Flecken hat zum 1. Januar den Vorsitz der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) sowie der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) übernommen. Die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) war Mitte November von der Gesamtkonferenz der Medienanstalten (GK) zur neuen DLM-Vorsitzenden gewählt worden und folgt in dieser Funktion auf Dr. Wolfgang Kreißig. [...] In ihrer Funktion als DLM-Vorsitzende holt sich Eva Flecken Sabine Grüngreif als neue Pressesprecherin der Medienanstalten an ihre Seite. Die 48-jährige Kommunikationsexpertin kommt von Gruner + Jahr/ RTL, wo sie viele Jahre für den STERN gesprochen und die Markenkommunikation für alle Publikationen des Verlagshauses geleitet hat.

<http://tsp.pm/4RaTEp>

MEDIEN

VERBRAUCHERSCHUTZ

WIRTSCHAFT

Bitkom

10.01.2024

DIGITALBRANCHE ZEIGT SICH VON KRISEN UNBEEINDRUCKT

Deutschlands digitale Wirtschaft ist auf Wachstumskurs. Trotz eines schwierigen konjunkturellen Umfelds erwartet der Digitalverband Bitkom für die Unternehmen der IT und Telekommunikation (ITK) für 2024 ein Umsatzplus von 4,4 Prozent auf 224,3 Milliarden Euro. Der ITK-Sektor würde damit um den Faktor drei bis vier stärker wachsen als die Wirtschaft insgesamt. Im vergangenen Jahr hatten die ITK-Umsätze um 2,0 Prozent auf 215 Milliarden Euro zugelegt. Das Umsatzwachstum hat auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten in der ITK-Branche soll laut Bitkom im Jahresverlauf 2024 um 36.000 wachsen, auf 1,368 Millionen. Bereits 2023 sind 28.000 neue Arbeitsplätze entstanden. "Die meisten Unternehmen der Bitkom-Branche präsentieren sich krisenfest. Auch unter schwierigen konjunkturellen Bedingungen, geprägt von geopolitischen Krisen und Haushaltskürzungen, legen Umsätze und Beschäftigung zu. Insbesondere das Arbeitsplatzwachstum könnte noch deutlich größer ausfallen, der Fachkräftemangel erweist sich hier als Hemmschuh", sagt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst. [...]

<http://tsp.pm/h11RbX>

WIRTSCHAFT

ARBEIT

GESELLSCHAFT

DLT

10.01.2024

WIR LEISTEN UNS ZU VIEL BÜROKRATIE

Der Deutsche Landkreistag hat sich auf seiner Präsidialsitzung im Landkreis Diepholz mit der Schwerfälligkeit von Planungsprozessen und den damit verbundenen bürokratischen Vorgaben beschäftigt. Präsident Reinhard Sager sagte: "Wir müssen beim Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Aufgabenstandards wesentliche Schritte vorankommen. Wir können es uns schon allein wegen des Personalmangels nicht erlauben, immer aufwändigere Anforderungen festzulegen. Jede Gesetzesnovelle macht die behördlichen Abläufe komplizierter, die Digitalisierung kommt zu langsam voran, immer mehr Stellen in der Verwaltung bleiben unbesetzt." Das betreffe nicht nur den weit ausgebauten und komplexen Sozialstaat, sondern vor allem Planungsprozesse im Baubereich. "Wir leisten uns zu viel Bürokratie." Das politische Mantra des Bürokratieabbaus müsse endlich so konkret werden, dass vor Ort eine Entlastung spürbar werde. [...]

<http://tsp.pm/JUjXNY>

BÜROKRATIEABBAU

VERWALTUNG

LÄNDER/KOMMUNEN

SONSTIGE

BDEW, BREKO

10.01.2024

GIGABIT INFRASTRUCTURE ACT: EU MUSS JETZT BEDINGUNGEN FÜR SCHNELLEN GLASFASERAUSBAU SCHAFFEN

In den kommenden Wochen werden in Brüssel entscheidende Weichen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland und Europa gestellt. Angesichts der laufenden Trilog-Verhandlungen zum Gigabit Infrastructure Act (GIA) fordern der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die den Bau und Betrieb von Glasfasernetzen vorantreiben. In einem gemeinsamen Positionspapier sprechen sich die Verbände insbesondere für die Aufnahme einer Regelung aus, die Investitionen in den weiteren Netzausbau vor strategisch destruktivem Verhalten von Wettbewerbern schützt. [...]

<http://tsp.pm/Fo2avg>

BREITBAND

EU

INFRASTRUKTUR

TÜV-Verband

10.01.2024

MOBILES ARBEITEN ERHÖHT DIE GEFAHR VON CYBERANGRIFFEN IN UNTERNEHMEN

Homeoffice und mobiles Arbeiten führt in vielen Unternehmen zu Problemen mit der Cybersicherheit: Gut jedes vierte Unternehmen in Deutschland stimmt der Aussage zu, dass mobiles Arbeiten erhebliche IT-Sicherheitsprobleme verursacht (26 Prozent). Die Größe der Unternehmen spielt dabei eine untergeordnete Rolle. 25 Prozent der kleinen Unternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitenden, 28 Prozent der mittleren und 24 Prozent der großen Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden berichten von IT-Sicherheitsproblemen. Das sind Ergebnisse einer Forsa-Umfrage unter 500 Unternehmen ab 10 Mitarbeitenden im Auftrag des TÜV-Verbands. "Homeoffice und mobiles Arbeiten haben sich in den letzten Jahren als fester Bestandteil der Arbeitswelt etabliert", sagt Marc Fliehe, Fachbereichsleiter Digitalisierung und Bildung beim TÜV-Verband. "Für Arbeitnehmer gilt mobiles Arbeiten als ein Segen, für die IT-Sicherheit des Arbeitgebers können die daraus resultierenden Risiken aber eine Herausforderung sein: Die Gefahr eines IT-Sicherheitsvorfalls steigt." Die Unternehmen bestätigen in der Umfrage, dass mobiles Arbeiten die Wahrscheinlichkeit von IT-Sicherheitsvorfällen erhöht. [...]

<http://tsp.pm/wMAZ4j>

CYBER-/IT-SICHERHEIT

WIRTSCHAFT

ARBEIT

SPECTARIS

11.01.2024

SPECTARIS MAHNT ZU REFORMEN IN DER HILFSMITTELVERSORGUNG

Aufgrund der zunehmenden Ambulantisierung im Gesundheitswesen kommt der Hilfsmittelversorgung eine immer größere Bedeutung zu. In einem aktuellen Positionspapier betont der Industrieverband SPECTARIS die dringende Notwendigkeit von umfassenden Reformen, um die Qualität der Hilfsmittelversorgung und die wohnortnahe Patientenbetreuung auch zukünftig sicherzustellen. "Die rasant gestiegenen Kosten für Energie, Material, Personal und Regulierung setzen Herstellern von medizinischen Hilfsmitteln und nichtärztliche Leistungserbringern wie Homecare-Providern oder Sanitätshäusern erheblich zu. SPECTARIS fordert einen indexbasierten Kostenausgleich, um die unternehmerische Tätigkeit langfristig zu sichern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten", erklärt Sven Koppelwiser, Sprecher der Arbeitsgruppe Hilfsmittel bei SPECTARIS. Mit einem im Gesetz verankerten indexbasierten Kostenausgleich könnten die zwischen Leistungserbringenden und Krankenkassen vereinbarten Preise und Festbeträge automatisch angepasst werden, was zu mehr Transparenz und Fairness in der Preisgestaltung und zu einer massiven Reduzierung von Ressourcen- und Verwaltungsaufwand sowohl auf Seiten der Kostenträger als auch auf Seiten der Hilfsmittelversorger führt. [...]

<http://tsp.pm/qgMhgX>

GESUNDHEIT/PFLEGE



ÜBERSICHT ZUM 15.01.2024

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 15.01.2024

NEU

1. LESUNG BUNDESTAG

20/9999

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

IM PROZESS

1. LESUNG BUNDESTAG

20/9890

Gesetz zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen

1. LESUNG BUNDESTAG

20/9873

Gesetz zur Änderung des Funkanlagengesetzes

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/9470

Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG)

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/9720

Gesetz zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/7800

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

AUSSCHUSS BUNDES RAT

4/24

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG)

AUSSCHUSS BUNDES RAT

3/24

Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz – GDNG)

AUSSCHUSS BUNDES RAT

678/23

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums

AUSSCHUSS BUNDES RAT

677/23

Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)

AUSSCHUSS BUNDESRAT

676/23

Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze (Digitale-Dienste-Gesetz)

AUSSCHUSS BUNDESRAT

672/23

Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes

AUSSCHUSS BUNDESRAT

670/23

Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz – FinmadiG)

1. LESUNG BUNDESTAG

20/9648

Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz – FKBG)

1. LESUNG BUNDESTAG

20/9043

Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht

1. LESUNG BUNDESTAG

20/8674

Gesetz zur Regelung hybrider und virtueller Versammlungen in der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/8093

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZGÄndG)

2. BERATUNG BUNDESRAT

604/23

Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten

2. BERATUNG BUNDESRAT

603/23

Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (DokHVG)

2. BERATUNG BUNDESRAT

588/23

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

BERATUNG BUNDESRAT

392/23

Vierte Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichverordnung

VERABSCHIEDET

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

NEU

20/9999

ZWEITES HAUSHALTSFINANZIERUNGSGESETZ 2024

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	Nicht zustimmungspfl.	–

Gegenstand des Gesetzes sind Gesetzesänderungen, die im Zuge der Neuaufstellung des Haushaltsentwurfs 2024 als Folge des Urteils des BVerfG notwendig geworden sind. Darunter fallen etwa die Erhöhung der Luftverkehrssteuer, die Änderung des WindSeeG oder die weitere Minderung des Erhöhungsbetrages des zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung.

AKTUELLER STATUS**17.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/9999) http://tsp.pm/PFuJZO
11.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/4gBqlk Stellungnahmen http://tsp.pm/rIPNBC
15.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/qCvDF6 Stellungnahmen http://tsp.pm/Cc5Qkb
17.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vsl. federführend: Haushaltsausschuss)
vsl. 31.01.2024: Ausschuss	
vsl. 01.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 02.02.2024: Beratung	

IM PROZESS

20/9890

GESETZ ZUR ZULASSUNG VIRTUELLER WOHNUNGSEIGENTÜMERVERSAMMLUNGEN, ZUR ERLEICHTERUNG DES EINSATZES VON STECKERSOLARGERÄTEN UND ZUR ÜBERTRAGBARKEIT BESCHRÄNKTER PERSÖNLICHER DIENSTBARKEITEN FÜR ERNEUERBARE-ENERGIEN-ANLAGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll im Wohnungseigentumsgesetz (WEG) eine Beschlusskompetenz für Wohnungseigentümer geschaffen werden, um künftig rein virtuelle Wohnungseigentümerversammlungen abhalten zu können. Außerdem sind Änderungen im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht vorgesehen, damit die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen wird. Die Ausnahmen von der Unübertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten in § 1092 Absatz 3 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sollen für juristische Personen und für rechtsfähige Personengesellschaften um Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie erweitert werden.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: 1. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
31.05.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/KXtoq1 Synopsis https://tsp.pm/tR6SAf
13.09.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/E93ibC Synopsis https://tsp.pm/8YTald
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (508/23) https://tsp.pm/z7yVdh
08.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (508/1/23) https://tsp.pm/tQjtvL
24.11.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (508/23(B)) https://tsp.pm/0n0saL Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/dPnl6t
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9890) https://tsp.pm/DEdo07
17.01.2024: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Mansoori (SPD) Luczak (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Willkomm (FDP), Jacobi (AfD)
18.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vgl. federführend: Rechtsausschuss)
BUNDESRAT	
vsl. 06.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/9873

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES FUNKANLAGENGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit der EU-Richtlinie (EU) 2022/2380 sollen einheitliche Ladekabel EUweit verpflichtend werden. USB-C soll damit als neuer Standard für Smartphones, Digitalkameras, Kopfhörer, Tablets, tragbare Videospielekonsolen, Tastaturen, E-Reader, Navigationsgeräte, Headsets und tragbare Lautsprecher vorgeschrieben werden, sofern sie mit einem Kabel aufgeladen werden können. Dazu muss das Funkanlagengesetz geändert werden. Die EU-Richtlinie muss von den Mitgliedstaaten bis zum 28.12.2023 in nationales Recht umgesetzt sein, die sich hieraus ergebenden Vorschriften sind ab dem 28.12.2024 für die meisten und ab dem 28.04.2026 für sämtliche in den Geltungsbereich der Richtlinie fallenden Geräte anzuwenden.

AKTUELLER STATUS**18.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
28.08.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/o6nCKz
25.10.2023: Kabinett	
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (569/23) https://tsp.pm/Z9xMfe
30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse https://tsp.pm/jLHsJ5
15.12.2023: 1. Beratung	Keine Einwendungen (569/23(B)) https://tsp.pm/G0Xqtk Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/VINVai
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/9873) https://tsp.pm/bVuumT
18.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vsl. federführend: Wirtschaftsausschuss)
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/9470

GESETZ ZUR ANPASSUNG VON DATENÜBERMITTLUNGSVORSCHRIFTEN IM AUSLÄNDER- UND SOZIALRECHT (DÜV-ANPASSG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Angesichts der Herausforderungen, vor denen Ausländerbehörden, aber auch Leistungsbehörden im Hinblick auf die steigende Zahl von Schutzsuchenden in Deutschland stehen, sollen diese durch eine möglichst automatisierte Datenübermittlung über das Ausländerzentralregister (AZR) von den zahlreichen standardmäßigen manuellen Abfragen entlastet und zugleich etwaigem Leistungsmissbrauch vorgebeugt werden. Außerdem soll mit dem Gesetz die Erfüllung der Verpflichtung aus der EU Migrationsstatistik-Verordnung zur Erfassung des Leistungsbezuges von Geflüchteten ermöglicht werden.

AKTUELLER STATUS

15.01.2024: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
18.10.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/mA4Dnh Stellungnahmen https://tsp.pm/pmCCfB
01.11.2023: Kabinett	Gesetzentwurf https://tsp.pm/KDzEYb
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (567/23) https://tsp.pm/EsgkQC
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (567/1/23) https://tsp.pm/LCa1Sc
15.12.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (567/23(B)) https://tsp.pm/12TqLw Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/PUUtHU
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/9470) https://tsp.pm/tZ7lss
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
14.12.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Innenausschuss) Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/mBO9Q2
15.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/UKKTCH Stellungnahmen http://tsp.pm/icdun4
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/9720

GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG DES WOHNUNGSEINBRUCHDIEBSTAHLS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	CDU/CSU-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Zur Verfolgung des Wohnungseinbruchdiebstahls soll die Telekommunikationsüberwachung erweitert werden. Bei Verdacht eines Einbruchdiebstahls in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung (§ 244 Absatz 4 des StGB) soll den Ermittlungsbehörden die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation ermöglicht werden, ohne dass einschränkend der Verdacht eines bandenmäßig begangenen Diebstahls vorliegen muss.

AKTUELLER STATUS**17.01.2024: Ausschuss Bundestag**

BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9720) https://tsp.pm/Tn3GWH
14.12.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/3yV4LV
17.01.2024: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Fiedler (SPD), Ullrich (CDU/CSU), Limburg (Grüne), Hartewig (FDP), Seitz (AfD)
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/7800

GESETZ ÜBER DIE FESTSTELLUNG DES BUNDESHAUSHALTSPLANS FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2024 (HAUSHALTSGESETZ 2024)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Gemäß § 11 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung ist für das Haushaltsjahr 2024 ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans werden gemäß § 29 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung von der Bundesregierung beschlossen. Der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans beruht auf den dem Bundesministerium der Finanzen von den jeweils zuständigen obersten Bundesbehörden übersandten Voranschlägen der Einzelpläne und den Ergebnissen der nachfolgenden bilateralen Ressortverhandlungen.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
05.07.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (320/23) https://tsp.pm/xUPVnw
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (320/1/23) https://tsp.pm/77kW2Z
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (320/23(B)) https://tsp.pm/vHb01A Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/jvSxLt
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/7800) https://tsp.pm/RNnOI2
05.07.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Rohde (SPD), Haase (CDU/CSU), Kindler (Grüne), Fricke (FDP), Boehring (AfD), Löttsch (fraktionslos)
05.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Haushaltsausschuss) Plenarprotokoll (20/117) https://tsp.pm/DwQvMd
16.11.2023: Ausschuss	Bereinigung
21.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/HkOy7r Stellungnahmen https://tsp.pm/GtfaSD
23.11.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.01.2024: Ausschuss	Bereinigung
vsl. 02.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG DER DIGITALISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS (DIGITAL-GESETZ – DIGIG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Ziel, die digitale Transformation des Gesundheitswesens und der Pflege voranzutreiben, ist unter anderem vorgesehen, die ePA zu einer Opt-Out-Anwendung umzubauen, das E-Rezept weiterzuentwickeln und den Einsatz von DiGA auszubauen. Zudem soll die bisher geltende Begrenzung von Videosprechstunden wegfallen, sollen strukturierte Behandlungsprogramme für Diabetes-Patienten mit digitalisierten Versorgungsprozessen eingeführt und die Interoperabilität von IT-Systemen durch verbindliche Standards, Profile und Leitfäden erhöht werden. Darüber hinaus wird vorgegeben, dass bei der Verarbeitung von gesundheits- und/oder personenbezogenen Daten mithilfe von cloudbasierten IT-Systemen Mindestanforderungen des BSI zu erfüllen sind. Vorgesehen ist außerdem eine Verstetigung und Weiterentwicklung des Innovationsfonds.

AKTUELLER STATUS

17.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
05.07.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/uDv8wF Stellungnahmen https://tsp.pm/l3xAGX
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/mlZkz7
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (435/23) https://tsp.pm/jYw3xC
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (435/1/23) https://tsp.pm/m6l4iC
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (435/23(B)) https://tsp.pm/tCtfZ8 Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/tEwYd1
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9048) https://tsp.pm/9jipF8
08.11.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) https://tsp.pm/sO1aCb
15.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/hRNMph Stellungnahmen https://tsp.pm/7gt1UC
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9788) https://tsp.pm/XGj7D7
14.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/TmOtKi
BUNDES RAT	Gesetz (4/24) http://tsp.pm/7UgJ0z
17.01.2024: Ausschuss	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

GESETZ ZUR VERBESSERTEN NUTZUNG VON GESUNDHEITSDATEN (GESUNDHEITSDATENNUTZUNGSGESETZ – GDNG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen bürokratische und organisatorische Hürden bei der Datennutzung abgebaut und die Nutzbarkeit von Gesundheitsdaten im Sinne eines die Datennutzung "ermöglichenden Datenschutzes" verbessert werden. Um das zu erreichen, ist unter anderem der Aufbau einer nationalen Datenzugangs- und Koordinierungsstelle für Gesundheitsdaten, die Verknüpfung von Daten des Forschungsdatenzentrums Gesundheit mit den Daten der klinischen Krebsregister der Länder nach § 65c SGB V und die Einführung einer Verpflichtung zur Geheimhaltung für mit Gesundheitsdaten Forschende samt Strafnorm vorgesehen. Zudem sollen durch Änderungen im Modellvorhaben Genomsequenzierung die existierenden Versorgungsstrukturen im Rahmen der genommedizinischen Versorgung eingebunden und die Datenhaltung dezentralisiert werden.

AKTUELLER STATUS

17.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
04.08.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/494GWi
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/luiTlg
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (434/23) https://tsp.pm/84JIKJ
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (434/1/23) https://tsp.pm/UePMvr
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (434/23(B)) https://tsp.pm/oY9Hvs Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/RCzcE6
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9046) https://tsp.pm/EKIDG2
08.11.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) https://tsp.pm/O9tNbn
15.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/pNLWGj Stellungnahmen https://tsp.pm/tqn1rh
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9785) https://tsp.pm/lnQ9MO
14.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/oWXIWX
BUNDESRAT	Gesetz (3/24) http://tsp.pm/AjVAdC
17.01.2024: Ausschuss	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

678/23

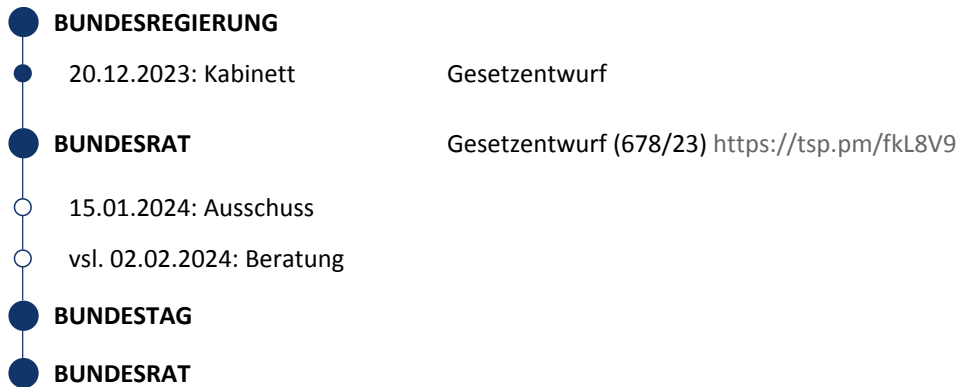
GESETZ ZU DEM ÜBEREINKOMMEN VOM 12. MÄRZ 2019 ZUR GRÜNDUNG DES "SQUARE KILOMETRE ARRAY"-OBSERVATORIUMS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMBF	Zustimmungspf.	–

Mit dem Gesetz soll der Beitritt Deutschlands zum Übereinkommen zur Gründung des Square Kilometre Array-Observatoriums (SKAO) formalisiert werden.

AKTUELLER STATUS

15.01.2024: Ausschuss Bundesrat



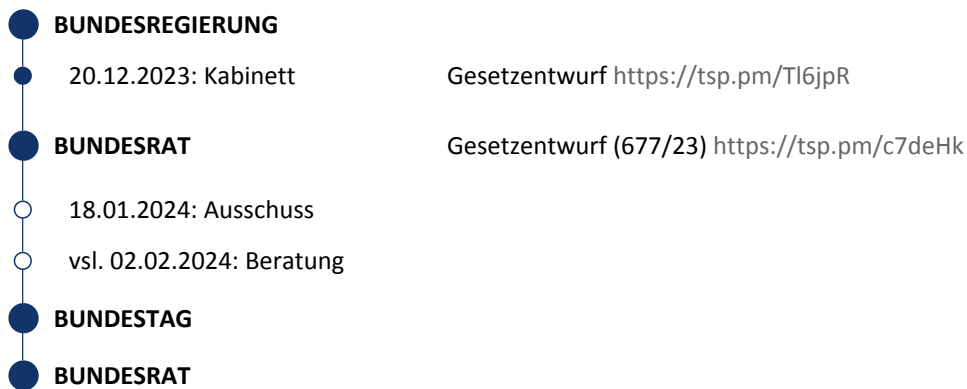
IM PROZESS

677/23

POSTRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZ (POSTMODG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das PostG an die seit der Einführung des Gesetzes veränderten Bedeutung des Briefs und die damit einhergehenden veränderten Anforderungen angepasst werden. Dies betrifft den postalischen Universaldienst und dessen Finanzierung, die Auswirkungen zunehmender Paketmengen und eines intensiven Wettbewerbs auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, den Einfluss zunehmender Lieferverkehre auf Natur und Umwelt sowie die Einflüsse der fortschreitenden Digitalisierung auf alle Bereiche des Postsektors angepasst werden.

AKTUELLER STATUS**18.01.2024: Ausschuss Bundesrat**

IM PROZESS

676/23

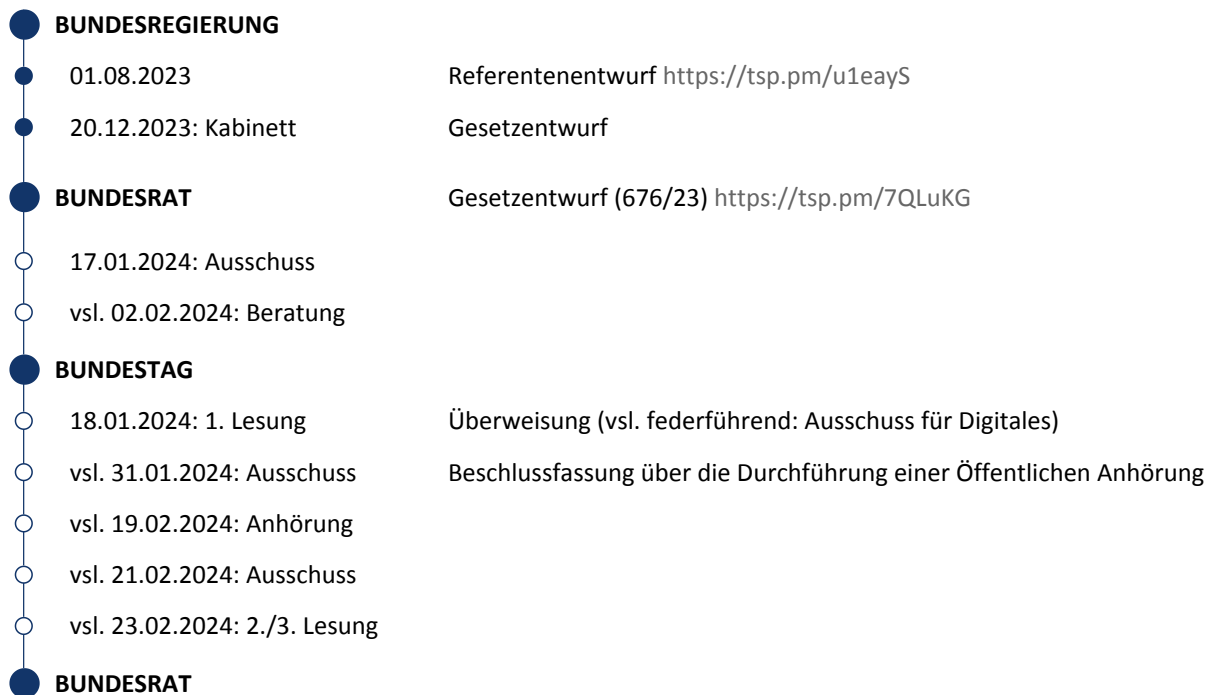
GESETZ ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 19. OKTOBER 2022 ÜBER EINEN BINNENMARKT FÜR DIGITALE DIENSTE UND ZUR ÄNDERUNG DER RICHTLINIE 2000/31/EG SOWIE ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EU) 2019/1150 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 20. JUNI 2019 ZUR FÖRDERUNG VON FAIRNESS UND TRANSPARENZ FÜR GEWERBLICHE NUTZER VON ONLINE-VERMITTLUNGSDIENSTEN UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER GESETZE (DIGITALE-DIENSTE-GESETZ)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz wird der nationale Rechtsrahmen an den Vorgaben des europäischen DSA ausgerichtet und entsprechend angepasst. Es schafft vor allem einen Rechtsrahmen für die behördliche Überwachung der Einhaltung von DSA-Vorschriften durch Anbieter von Vermittlungsdiensten. Zu diesem Zweck wird eine zentrale Stelle für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten und für die Durchsetzung des DSA benannt: Die Koordinierungsstelle für digitale Dienste wird innerhalb der zuständigen BNetzA eingerichtet, um eine wirksame und zugleich unabhängige Aufsicht über digitale Vermittlungsdienste zu gewährleisten.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat



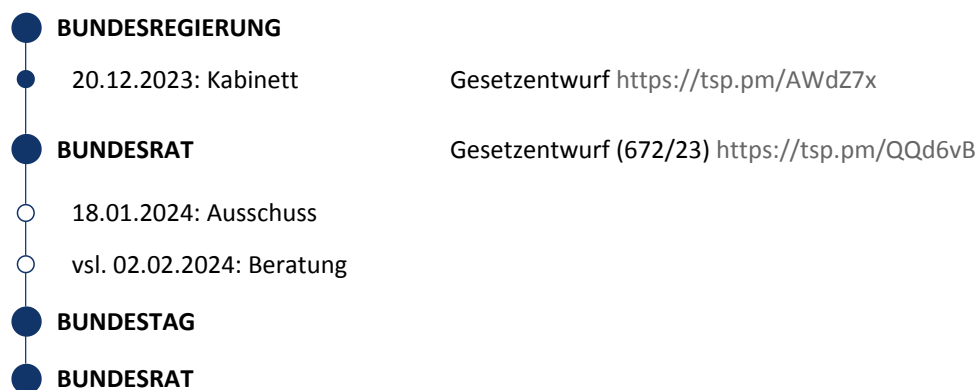
IM PROZESS

672/23

GESETZ ZUR NEUSTRUKTURIERUNG DES BUNDESPOLIZEIGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Das bisherige BPolG aus dem Jahr 1994 wird durch eine Neufassung abgelöst. Die Vorgaben des BVerfG aus seinem Urteil vom 20. April 2016 zum BKAG werden umgesetzt. Darin hatte das BVerfG Anforderungen zur Übermittlung von Daten an öffentliche Stellen gestellt. Außerdem soll die Richtlinie (EU) 2016/680 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr weitgehend in Teil 3 des BDSG umgesetzt werden. Im BPolG sollen diese Vorschriften gleichwohl an einigen Stellen im Hinblick auf die Erfordernisse der Bundespolizei ergänzt und spezifiziert werden.

AKTUELLER STATUS**18.01.2024: Ausschuss Bundesrat**

IM PROZESS

670/23

GESETZ ÜBER DIE DIGITALISIERUNG DES FINANZMARKTES (FINANZMARKTDIGITALISIERUNGSGESETZ – FINMADIG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf.	–

Mit dem Finanzmarktdigitalisierungsgesetz sollen Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2023/1114, (EU) 2023/1113 und (EU) 2022/2554 getroffen und die Richtlinie (EU) 2022/2556 in nationales Recht umgesetzt werden. Dazu soll ein neues Kryptomärkteaufsichtsgesetz (KMAG) erlassen werden. Die bisherige nationale Regulierung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen im Hinblick auf Kryptowerte, namentlich im Kreditwesengesetz (KWG), soll angepasst werden. Anpassungen sind zudem im Geldwäschegesetz (GwG) in Bezug auf Kryptowertetransfers erforderlich.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
23.10.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/3Z9Rxr
20.12.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/bjQ1Mu
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (670/23) https://tsp.pm/rGiCjv
18.01.2024: Ausschuss	
vsl. 02.02.2024: Beratung	
BUNDESTAG	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/9648

GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER BEKÄMPFUNG VON FINANZKRIMINALITÄT (FINANZKRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNGSGESETZ – FKBG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen wesentliche Regelungen zur Errichtung des neuen Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), seine Aufgaben und Befugnisse sowie notwendige fachgesetzliche Anpassungen u. a. im Bereich der Geldwäscheaufsicht und Sanktionen geschaffen werden. Darüber hinaus sind Regelungen für die Einrichtung eines Immobilientransaktionsregisters enthalten.

AKTUELLER STATUS

14.12.2023: 1. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
08.09.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/1tuYGr Stellungnahmen https://tsp.pm/CbYR6k
11.10.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/QY5bVE
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (506/23) https://tsp.pm/CsGz2h
09.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (506/1/23) https://tsp.pm/y2uhMt
24.11.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (506/23(B)) https://tsp.pm/qHQUbK Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/OezatM
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9648) https://tsp.pm/qtuXvb
13.12.2023: Ausschuss	Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
14.12.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/fJLk21
vs. 29.01.2024: Anhörung	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/9043

ZEHNTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTSGESETZES – EINFÜHRUNG DES ELEKTRONISCHEN RECHTSVERKEHRS MIT DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die gesetzlichen Grundlagen für die sichere elektronische verfahrensbezogene Kommunikation mit dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) geschaffen werden, indem die für die Übermittlung elektronischer Dokumente an das BVerfG und die Bearbeitung elektronischer Dokumente durch das BVerfG erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen geregelt werden. Darüber hinaus wird die vom BVerfG angestrebte elektronische Führung der Verfahrensakte berücksichtigt. Außerdem ist geplant, für bestimmte Forschungsvorhaben die Möglichkeit früherer Einsichtnahme in Altunterlagen einzuführen.

AKTUELLER STATUS

09.11.2023: 1. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
26.05.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/iotHEI Synopsis https://tsp.pm/VvUePB
23.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/Vn1vBC Synopsis https://tsp.pm/Hn8eI8
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (441/23) https://tsp.pm/HTkCHA
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (441/1/23) https://tsp.pm/wkc00B
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (441/23(B)) https://tsp.pm/Tlxft9 Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/WdDo5Z
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9043) https://tsp.pm/2YeO59
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) https://tsp.pm/vL3wpo
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/8674

GESETZ ZUR REGELUNG HYBRIDER UND VIRTUELLER VERSAMMLUNGEN IN DER BUNDESNOTARORDNUNG, DER BUNDESRECHTSANWALTSORDNUNG, DER PATENTANWALTSORDNUNG UND DEM STEUERBERATUNGSGESETZ SOWIE ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN DES RECHTS DER RECHTSBERATENDEN BERUFE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

In der BNotO, BRAO, PAO und dem StBerG werden Regelungen ergänzt, die eine Abhaltung hybrider und virtueller Versammlungen ermöglichen, wovon sowohl die Kammern als auch die Teilnehmenden profitieren sollen. Die Durchführung wird zum Schutz der Teilnehmenden an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft. Weil es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt, sollen die gesetzlichen Regelungen aber lediglich Mindestvoraussetzungen definieren und die Kammern die weitere Ausgestaltung übernehmen.

AKTUELLER STATUS

12.10.2023: 1. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
17.03.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/k8MIIL Synopse https://tsp.pm/KPsIFg
13.07.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/UiET60 Synopse https://tsp.pm/wdUfCH
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (372/23) https://tsp.pm/NLLbEV
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses https://tsp.pm/UeICcm
29.09.2023: 1. Beratung	Keine Einwendungen (372/23(B)) https://tsp.pm/qwvipl Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/9eck5M
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8674) https://tsp.pm/SmW1bn
12.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/128) https://tsp.pm/NMJQQH
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/8093

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ONLINEZUGANGSGESETZES SOWIE WEITERER VORSCHRIFTEN ZUR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG (OZGÄNDG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das Onlinezugangsgesetz (OZG), dessen Zielvorgaben zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht erreicht wurden, überarbeitet und weiterentwickelt werden. Dazu ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Unter anderem sollen die Umsetzungsfrist gestrichen, ein begleitendes Monitoring eingeführt und zentrale Basisdienste durch den Bund bereitgestellt werden. Beabsichtigt ist außerdem Digital-Only für Unternehmensleistungen, die Verbindlichkeit des einheitlichen Organisationskontos sowie die Bereitstellung eines einheitlich erreichbaren Beratungsangebots im Portalverbund. Das Once-Only-Prinzip soll durch eine Generalklausel festgeschrieben und die Möglichkeit der vollständigen elektronischen Abwicklung (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) wesentlicher Verwaltungsleistungen geschaffen werden.

AKTUELLER STATUS

09.10.2023: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
20.01.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/zfNKPD Stellungnahmen https://tsp.pm/XKkK28
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/Fhkl21
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (226/23) https://tsp.pm/KsZ5gt
22.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (226/1/23) https://tsp.pm/prgLA0
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (226/23(B)) https://tsp.pm/4T0bf8 Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/MJpcvY
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8093) https://tsp.pm/DeLJdR
20.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (20/121) https://tsp.pm/pJWbFi
27.09.2023: Ausschuss	Berichterstatte: Kreiser (SPD), Heilmann (CDU/CSU), Khan (Grüne), Redder (FDP), Janich (AfD), Pau (fraktionslos) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/ZqHwIC Stellungnahmen https://tsp.pm/gTpGmg
BUNDESRAT	

IM PROZESS

604/23

GESETZ ZUR FÖRDERUNG DES EINSATZES VON VIDEOKONFERENZTECHNIK IN DER ZIVILGERICHTSBARKEIT UND DEN FACHGERICHTSBARKEITEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die Möglichkeiten des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit sowie in den Fachgerichtsbarkeiten (Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit) erweitert werden. Dieses Ziel soll in erster Linie durch eine Neufassung des § 128a der Zivilprozessordnung (ZPO) erreicht werden. Danach soll künftig das Gericht (in Person der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden) eine Videoverhandlung nicht mehr nur gestatten, sondern auch anordnen können. Die Regelungen zur vorläufigen Protokollaufzeichnung sollen zudem erweitert werden, indem zusätzlich zu der bereits zulässigen Tonaufzeichnung die Möglichkeit für das Gericht geschaffen wird, auch eine Bild-Ton-Aufzeichnung anzufertigen.

AKTUELLER STATUS

15.12.2023: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
23.11.2022	Referentenentwurf https://tsp.pm/HHrSwl Stellungnahmen https://tsp.pm/jMp1eM
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/C4h8R2 Synopsis https://tsp.pm/ExwLNG
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (228/23) https://tsp.pm/16pY14
21.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (228/1/23) https://tsp.pm/XPqzG0
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (228/23(B)) https://tsp.pm/1ED21N Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/1QMb47
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8095) https://tsp.pm/efjytc
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/UBSvbn
18.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/X55mY7 Stellungnahmen https://tsp.pm/dhxnTx
15.11.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Licina-Bode (SPD), Plum (CDU/CSU), Benner (Grüne), Lieb (FDP), Brandner (AfD), Hennig-Wellsow (fraktionslos) Beschlussempfehlung und Bericht (20/9354) https://tsp.pm/J7I7FX
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) https://tsp.pm/DJ5hqm
BUNDESRAT	Gesetz (604/23) https://tsp.pm/3tyNnT
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (604/1/23) https://tsp.pm/nphAic
15.12.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (604/23(B)) https://tsp.pm/ZZ2PvK Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/nZS4Fi
VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS	

IM PROZESS

603/23

GESETZ ZUR DIGITALEN DOKUMENTATION DER STRAFGERICHTLICHEN HAUPTVERHANDLUNG (DOKHVG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass bisher in erstinstanzlichen Hauptverhandlungen vor den Landgerichten und Oberlandesgerichten nur die wesentlichen Förmlichkeiten in einem schriftlichen Protokoll festgehalten werden, wodurch keine objektive und zuverlässige Dokumentation des Inhalts der Hauptverhandlung zur Verfügung steht. Es soll daher eine gesetzliche Grundlage für eine digitale Inhaltsdokumentation geschaffen werden. Die Dokumentation soll durch eine Tonaufzeichnung erfolgen, die automatisiert in ein elektronisches Textdokument übertragen wird. Zusätzlich soll auch eine Bildaufzeichnung möglich sein, die von den Ländern durch Rechtsverordnung jederzeit teilweise oder flächendeckend eingeführt werden kann. Einer aufgrund der Dokumentation bestehenden Gefährdung der Persönlichkeitsrechte der dokumentierten Personen soll – insbesondere zum Schutz vor einer Veröffentlichung und Verbreitung der Aufzeichnungen und der Transkripte – durch verfahrensrechtliche und materiell-strafrechtliche Regelungen begegnet werden. In Fällen, in denen zum Schutz gefährdeter Personen oder der Staatssicherheit ein ganz besonders hohes Geheimhaltungsinteresse besteht, soll von der Aufzeichnung nach den gleichen rechtlichen Maßstäben abgesehen werden können, wie sie in diesen Fällen für den Ausschluss der Öffentlichkeit gelten.

AKTUELLER STATUS

15.12.2023: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
22.11.2022	Referentenentwurf https://tsp.pm/kSmjnh Stellungnahmen https://tsp.pm/m28Q1q
10.05.2023: Kabinett	Gesetzentwurf https://tsp.pm/GhxuZg
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (227/23) https://tsp.pm/blPWcL
21.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (227/1/23) https://tsp.pm/ZUvIYn
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (227/23(B)) https://tsp.pm/uGpXJm Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/r7cFMh
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/8096) https://tsp.pm/3Lrye3
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/IMfC3A
11.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/UKJOpX Stellungnahmen https://tsp.pm/ILYVUn
15.11.2023: Ausschuss	Berichterstatter: Eichwede (SPD), Ullrich (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Helling-Plahr (FDP), N.N. (AfD), Hennig-Wellsow (fraktionslos) Beschlussempfehlung und Bericht (20/9359) https://tsp.pm/wwXogP
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) https://tsp.pm/m3R2GK
BUNDESRAT	Gesetz (603/23) https://tsp.pm/UdcIAK
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (603/1/23) https://tsp.pm/UTksas
15.12.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (603/23(B)) https://tsp.pm/KHElu9 Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/bFOU18
VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS	

IM PROZESS

588/23

GESETZ ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUMSCHANCEN, INVESTITIONEN UND INNOVATION SOWIE STEUERVEREINFACHUNG UND STEUERFAIRNESS (WACHSTUMSCHANCENGESETZ)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Ziel, die Liquiditätssituation von Unternehmen zu verbessern und Impulse zu setzen, damit sie dauerhaft mehr investieren und Innovationen wagen können, sollen das Steuersystem mit dem Gesetz an diversen Stellen vereinfacht und durch Anhebung von Schwellenwerten und Pauschalen insbesondere kleine Betriebe von Bürokratie entlastet werden. Vorgesehen ist unter anderem die Einführung einer Investitionsprämie zur Beförderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von insbesondere mehr Klimaschutz, die befristete Einführung einer degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) für Wohngebäude und die Stärkung der steuerlichen Forschungsförderung. Ferner soll mit dem Gesetz die Grundlage geschaffen werden, die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und von Wärme über ein Wärmenetz bereits zum 31. Dezember 2023 auslaufen zu lassen. Der Gesetzgeber hatte die Regelung ursprünglich bis zum 31. März 2024 befristet.

AKTUELLER STATUS

24.11.2023: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
14.07.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/5ZFbCT
30.08.2023: Kabinett	Gesetzentwurf https://tsp.pm/AaqFd9
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (433/23) https://tsp.pm/7Nph7i
05.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (422/1/23) https://tsp.pm/pi57AO
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (433/23(B)) https://tsp.pm/coFfj8 Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/7hvgch
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/8628) https://tsp.pm/69OChL
13.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/129) https://tsp.pm/yCxyE
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
06.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 1) https://tsp.pm/Q2LulG Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 2) https://tsp.pm/zXv3TE
08.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9341) https://tsp.pm/lB18en
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) https://tsp.pm/hdSu9l
BUNDESRAT	Gesetz (588/23) https://tsp.pm/lGo02O
20.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (588/1/23) https://tsp.pm/QXokx3
24.11.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (588/23(B)) https://tsp.pm/2eKisW Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/l17HMA
VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS	

IM PROZESS

392/23

VIERTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER MESS- UND EICHVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspfl.	–

Mit der Verordnung sollen Vorschriften zum Software-Update bei Smart-Meter-Gateways vereinfacht und die Eichfrist unbefristet gestaltet werden. Bislang gelten unterschiedslos alle Anforderungen des Mess- und Eichrechts auch für Smart-Meter-Gateways.

AKTUELLER STATUS

15.12.2023: Beratung Bundesrat

<p>BUNDESREGIERUNG</p> <p>16.08.2023: Kabinett</p>	<p>Verordnung https://tsp.pm/rEbli7</p>
<p>BUNDES RAT</p> <p>14.09.2023: Ausschuss</p> <p>29.09.2023: Beratung</p> <p>30.11.2023: Ausschuss</p> <p>15.12.2023: Beratung</p>	<p>Verordnung (392/23) https://tsp.pm/0HavFJ</p> <p>Absetzung von TO</p> <p>Absetzung von TO</p> <p>Empfehlungen der Ausschüsse (392/1/23) https://tsp.pm/mQSWOO</p> <p>Zustimmung/Änderungen (392/23(B)) https://tsp.pm/66tC7v</p> <p>Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/5MPm0E</p>
<p>BUNDESREGIERUNG</p> <p>vsl. 17.01.2024: Kabinett</p>	<p>Beschluss zu den Änderungsmaßnahmen des Bundesrates</p>



ÜBERSICHT DER KW 3

Ausblick auf die politischen Termine 15.01. bis 21.01.2024



BUNDESTAG

PLENUM

- 146. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 147. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 148. Sitzung des Deutschen Bundestages

AUSSCHÜSSE

- 78. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)
- 67. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat (Öffentliche Anhörung)
- 63. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- 84. Sitzung des Rechtsausschusses
- 79. Sitzung des Finanzausschusses
- 64. Sitzung des Verkehrsausschusses
- 68. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- 58. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 68. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat
- 66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 73. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 55. Sitzung des Ausschusses für Digitales



BUNDESRAT

PLENUM

- Keine Sitzung.
- Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

- 637. Sitzung des Ausschusses für Kulturfragen
- 729. Sitzung des Verkehrsausschusses
- 936. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 1019. Sitzung des Ausschusses für Innere Angelegenheiten
- 992. Sitzung des Finanzausschusses
- 742. Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union

 **TERMINE****KW 3****Montag, 15.01.2024**

Fraktionsklausur der FDP

Stiftung Datenschutz zur DSGVO und KI

Health-IT-Talk zu digitalen Datenräumen und Cloud

Dienstag, 16.01.2024

eco zur Digitalpolitik

KBV zum PraxisBarometer Digitalisierung 2023

Heinrich-Böll-Stiftung zu KI und grünen Städten

Launch von Agora Digitale Transformation

Mittwoch, 17.01.2024

Bitkom zur digitalen Souveranität

Neu ZKA zu Klimawandel und Digitalisierung

BMDV-Neujahrsempfang

ELNET zu Gesundheitsdaten

Donnerstag, 18.01.2024

Neu dena zur Energiewende

Freitag, 19.01.2024

DatenTag der Stiftung Datenschutz

PLENUM

Mittwoch, 17.01.2024 | 13:00 Uhr**146. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 1** Befragung der Bundesregierung (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze)
- Top 2** Fragestunde (20/10021)
- Top 5** Erste Beratung des von den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

Donnerstag, 18.01.2024 | 09:00 Uhr**147. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 8** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschuss (20/9527) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen (20/3687)
- Top 17** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze (20/10031)
- Top 18a** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Wirtschaftsausschusses (20/7010) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken (20/7010)
- Top 18b** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Wirtschaftsausschusses (20/9793) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen (20/4065)
- Top 22** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen (20/6412) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen (20/...) und zu dem Antrag der AfD-Fraktion: Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt (20/5618)
- Top 27** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen (20/9890)
- Top 28** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Funkanlagengesetzes (20/9873)

Freitag, 19.01.2024 | 09:00 Uhr

148. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 30a** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Mit Mut gemeinsam Zukunft gestalten – weiter Fahrt aufnehmen (20/8719)

AUSSCHÜSSE

Montag, 15.01.2024 | 13:30 Uhr

78. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)

- Top 1** Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

Montag, 15.01.2024 | 14:00 Uhr

67. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERES UND HEIMAT (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)

- Top 1** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG) (20/9470)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

63. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

- Top 2** Expertengespräch zum UNESCO Weltbildungsbericht 2023 "Technologie in der Bildung – ein Werkzeug – zu wessen Bedingungen"

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:00 Uhr

84. SITZUNG DES RECHTSAUSSCHUSSES

- Top 2a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen (20/9890) – Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Top 3** Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls (20/9720)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:00 Uhr

79. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

- Top 1** Gespräch mit dem Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Herrn Burkhard Balz, zu dem Thema: "Digitaler Euro"

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

64. SITZUNG DES VERKEHRSAUSSCHUSSES

- Top 5** Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Weltforum für die Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu Vorschlägen für Änderungen der UN-Regelungen Nr. 0, 14, 16, 17, 24, 43, 48, 53, 74, 86, 90, 94, 95, 100, 122, 129, 134, 135, 137, 145, 149, 153, 154, 157, 160, 161 und 162, zu Vorschlägen für eine neue UN-Regelung über Ereignisdatenspeicher für schwere Nutzfahrzeuge und eine neue UN-Regelung über Kinderrückhaltesysteme für die sicherere Beförderung von Kindern in Bussen und zu einem Vorschlag zur Änderung der Gemeinsamen EntschlieÙung Nr. 1 der UN zu vertreten ist

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

68. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT UND SOZIALES

- Top 6b** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Digitalisierung der Koordinierung der sozialen Sicherheit: Erleichterung der Freizügigkeit im Binnenmarkt

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

58. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 13.02** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Strategische Vorausschau 2022: Verzahnung des grünen und des digitalen Wandels im neuen geopolitischen Kontext
- Top 13.03** Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Erster Zweijahresbericht über die Umsetzung des globalen Ansatzes für Forschung und Innovation

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

68. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERES UND HEIMAT

- Top 12** Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für einen Konzeptentwurf zur Koordinierung der Reaktion – auf Unionsebene – auf Störungen kritischer Infrastrukturen von erheblicher grenzüberschreitender Bedeutung
- Top 13** Vorbericht zum informellen Rat Justiz und Inneres am 25./26. Januar 2024 in Brüssel
- Top 20** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Bericht der Bundesregierung zum Sachstand des Modernisierungsvorhabens des Digitalfunks BOS mit Blick auf den Haushaltsentwurf 2024 und die voraussichtlichen Verpflichtungsermächtigungen der Haushaltsjahre 2025-2028 im Bereich Investitionen

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

66. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 1** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland
- Top 2** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationales Reformprogramm 2023 (20/6200)

- Top 4a** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)
- Top 4b** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Net-Zero-Industry-Act zum Motor für den Industriestandort Deutschland machen – Effizient, bürokratiearm und technologieoffen (20/9137)
- Top 5a** Mitteilung der Kommission Arbeitsprogramm für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2022-2024
- Top 5b** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG
- Top 7a** Empfehlung der Kommission vom 8.2.2022 über ein gemeinsames Instrumentarium der Union zur Behebung von Lieferengpässen bei Halbleitern und einen EU-Mechanismus zur Überwachung des Halbleiter-Ökosystems
- Top 7b** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschaftsund Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Chip-Gesetz für Europa
- Top 7c** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz)
- Top 7d** Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2085 zur Gründung der Gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von "Horizont Europa" hinsichtlich des Gemeinsamen Unternehmens für Chips

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

73. SITZUNG DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

- Top 8** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die Mittelverwendung im Wirtschaftsstabilisierungsfonds zum 30. November 2023
- Top 10** Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen: Haushaltsführung 2023; Unterrichtung über die Aufhebung der haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 BHO der Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2023

Mittwoch, 17.01.2024 | 15:00 Uhr

55. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIGITALES

- Top 2** Bericht der Bundesregierung zum KI-Aktionsplan
- Top 3** Bericht der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Weltfunkkonferenz
- Top 4** Bericht der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Krisenmanagementübung LÜKEX
- Top 5** Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Stand der Gigabitrichtlinie 2.0



BUNDESRAT

PLENUM

Keine Sitzung.

Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

Montag, 15.01.2024 | 12:30 Uhr

637. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTURFRAGEN

- Top 3** Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums (678/23)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

729. SITZUNG DES VERKEHRSAUSSCHUSSES

- Top 2** Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Donnerstag, 18.01.2024

936. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 10** Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz – PostModG) (677/23)

Donnerstag, 18.01.2024 | 09:30 Uhr

1019. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

- Top 10** Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes (672/23)

Donnerstag, 18.01.2024 | 11:30 Uhr

992. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

- Top 5** Entwurf eines Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz – FinmadiG) (670/23)

Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr

742. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 1** Entschließung des Bundesrates zum 2024 vorgesehenen Bericht der Europäischen Kommission über die Bewertung und Überprüfung gemäß Artikel 97 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (639/23) – Antrag des Freistaates Bayern

 **TERMINE**

KW 3

Montag, 15.01.2024**FRAKTIONSKLAUSUR DER FDP****Montag, 15.01.2024 | 13:00 Uhr - 14:00 Uhr****STIFTUNG DATENSCHUTZ ZUR DSGVO UND KI**

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: DSGVO und künstliche Intelligenz – Sinnvolles Regulierungsinstrument oder Technikverhinderungsrecht?

Veranstalter: Stiftung Datenschutz

Teilnehmer: Dr. Sabine Schäufler (Richterin, Bayerisches Verwaltungsgericht Augsburg)

Link: <https://tsp.pm/YHtZlu>**Montag, 15.01.2024 | 18:00 Uhr****HEALTH-IT-TALK ZU DIGITALEN DATENRÄUMEN UND CLOUD**

Format: Gespräch (Hybrid)

Titel: Digitale Datenräume und Anwendungen in der Cloud – Health-X dataLOFT

Veranstalter: HealthCapital Berlin Brandenburg

Teilnehmer: Prof. Dr. Roland Eils (Gründungsdirektor des Zentrums für Digitale Gesundheit, BIH), Harald Wagener (Leiter der Gruppe Cloud und IT, HiDiH)

Link: <https://tsp.pm/IRT7Xw>

Ort: TMF-Geschäftsstelle, Charlottenstraße 42, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 08:00 Uhr - 09:00 Uhr**ECO ZUR DIGITALPOLITIK**

Format: Gespräch

Titel: Politik im Gespräch

Veranstalter: eco – Verband der Internetwirtschaft

Teilnehmer: Marco-Alexander Breit (Leiter der Unterabteilung Künstliche Intelligenz, Daten und Digitale Technologien, BMWK)

Link: <https://tsp.pm/hFm79M>

Ort: eco-Hauptstadtbüro, Französische Straße 48, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 09:30 Uhr**KBV ZUM PRAXISBAROMETER DIGITALISIERUNG 2023**

Format: Pressekonferenz (Online)

Veranstalter: Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)

Teilnehmer: Dr. Sibylle Steiner (Mitglied des Vorstands, KBV), Dr. Martin Albrecht (Geschäftsführer, IGES Institut)

Dienstag, 16.01.2024 | 16:00 Uhr - 19:00 Uhr

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ZU KI UND GRÜNEN STÄDTEN

Format: Fachkonferenz (Hybrid)

Titel: AI for low carbon cities

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Teilnehmer: Francesca Bria (Präsidentin, Italian National Innovation Fund), Katrin Fritsch (Autorin, Green Web Foundation), Robert Heinecke (CEO, Breeze Technologies), Nikola Milojevic-Dupont (Doktorandin, MIC), Myrian Rigal (Senior Product Manager, Technologiestiftung Berlin)

Link: <https://tsp.pm/JHnecg>

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 18:00 Uhr - 20:00 Uhr

LAUNCH VON AGORA DIGITALE TRANSFORMATION

Format: Launch

Veranstalter: Agora Digitale Transformation

Teilnehmer: Prof. Dr. Helge Braun MdB (Chef, Bundeskanzleramt), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Bundesministerin a. D.; stv. Vorsitzende, FNF), Audrey Tang (Digitalministerin, Taiwan), Wolfgang Ruhe (Vorsitzender der Geschäftsführung, Stiftung Mercator), Susanne Pauser (Vorständin Personal und Digitales, Deutscher Caritasverband)

Ort: ProjektZentrum Berlin der Stiftung Mercator, Neue Promenade 6, 10178 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr - 11:00 Uhr

BITKOM ZUR DIGITALEN SOUVERANITÄT

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Digitale Souveränität – wie abhängig ist unsere Wirtschaft?

Veranstalter: Bitkom

Teilnehmer: Dr. Ralf Wintergerst (Präsident, Bitkom)

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

Neu ZKA ZU KLIMAWANDEL UND DIGITALISIERUNG

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Klimaanpassung trifft Digitalisierung – Sensorsysteme für die Klimaanpassung nutzen

Veranstalter: Zentrum KlimaAnpassung (ZKA)

Teilnehmer: Lina Pöbnecker (Akademische Mitarbeiterin, Universität Ulm)

Link: <http://tsp.pm/CvHX68>

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

BMDV-NEUJAHREMPFANG

Format: Neujahrsempfang

Veranstalter: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Ort: BMDV, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:30 Uhr - 16:00 Uhr

ELNET ZU GESUNDHEITSDATEN

Format: Veranstaltung

Titel: Afternoon Tea zur GIHF-AI Studie "Vertrauen in die Nutzung von Gesundheitsdaten"

Veranstalter: European Leadership Network (ELNET)

Teilnehmer: Prof. Dr. Ran Balicer (stv. Generaldirektor, Clalit Health Services), Dr. Alexander Schachinger (CEO, EPatient Analytics), Dr. Yiska Weisband (Direktorin des Data Research Centers, Clalit Innovation)

Ort: ELNET, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin

Donnerstag, 18.01.2024 | 14:00 Uhr - 19:00 Uhr

Neu DENA ZUR ENERGIEWENDE

Format: Veranstaltung

Titel: SET Hub Open

Veranstalter: Deutsche Energie-Agentur (dena)

Teilnehmer: Dr. Anna Christmann MdB (Kordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt; Beauftragte für die digitale Wirtschaft und Start-ups, BMWK), Dr. Holger Becker MdB (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, SPD-Fraktion), Thomas Jarzombek MdB (bildungs- und forschungspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Melis Sekmen MdB (Obfrau im Wirtschaftsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Maximilian Mordhorst MdB (Mitglied im Ausschuss für Digitales, FDP-Fraktion)

Link: <http://tsp.pm/WKSp7>

Ort: Future Energy Lab, Wegelystraße 1, 10623 Berlin

Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr - 15:00 Uhr

DATENTAG DER STIFTUNG DATENSCHUTZ

Format: Konferenz (Hybrid)

Titel: Datentag: Preisgabe von Daten

Veranstalter: Stiftung Datenschutz

Teilnehmer: Dr. Daniela Brönstrup (Leiterin der Abteilung Digital- und Innovationspolitik, BMWK), Klaus Meyer-Cabri (Leiter der Abteilung Bessere Rechtsetzung; Digitale Gesellschaft und Innovation, BMJ), Prof. Dr. Thomas Petri (Landesbeauftragter für den Datenschutz, Bayern), Frederick Richter (Vorstand, Stiftung Datenschutz), Prof. Dr. Sylvia Thun (Direktorin für digitale Medizin und Interoperabilität, BIH; Vorsitzende, SITiG)

Link: <https://tsp.pm/N1MeNe>

Ort: Change Hub, Hardenbergstraße 32, 10623 Berlin

KW 4

Montag, 22.01.2024 | 16:00 Uhr - 18:00 Uhr

GI ZU KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Open Source AI und der EU AI ACT

Veranstalter: Gesellschaft für Informatik (GI)

Teilnehmer: Dr. Nicolas Flores-Herr (Teamleiter Conversational AI, Fraunhofer IAIS), Thomas Heine (Co-Chair, SPP Germany), Irene Teich (Technologie-Scout für Nachhaltigkeit, WM4sVC)

Link: <http://tsp.pm/eajlAf>

Dienstag, 23.01.2024 | 10:00 Uhr - 11:30 Uhr

BPI ZUM E-REZEPT

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Startklar fürs E-Rezept? Chancen und Risiken für Pharmaunternehmen, Modul-II

Veranstalter: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)

Teilnehmer: Frank Böhme (Gründer/Geschäftsführer, scanacs), Lisa Marie Lehmann (Key-Account-Managerin Pharma & New Business, scanacs)

Link: <https://tsp.pm/2fuMxF>

Dienstag, 23.01.2024 | 10:00 Uhr (bis 25.01)

HANDELSBLATT ENERGIE-GIPFEL 2024

Format: Gipfel

Titel: Bereit für neues Handeln: die grüne Transformation Europas

Veranstalter: Handelsblatt

Teilnehmer: Dr. Robert Habeck MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz), Andreas Jung MdB (energie- und klimapolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Ingrid Nestle MdB (Sprecherin für Klimaschutz und Energie, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, BDEW)

Link: <https://tsp.pm/0uPIZb>

Ort: bcc Berlin Congress Center, Alexanderstraße 11, 10178 Berlin

Dienstag, 23.01.2024 | 17:30 Uhr - 23:00 Uhr

NEUJAHRSEMPFANG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Format: Neujahrsempfang

Titel: Digital, divers und demokratisch in die Zukunft

Veranstalter: Hans-Böckler-Stiftung

Teilnehmer: Dr. Claudia Bogedan (Geschäftsführerin, Hans-Böckler-Stiftung), Yasmin Fahimi (Vorsitzende, DGB), Tijen Onaran (Unternehmerin, Investorin, Bestseller-Autorin)

Link: <https://tsp.pm/ycu4ND>

Ort: Spindler & Klatt, Köpenicker Straße 16-17, 10997 Berlin

Mittwoch, 24.01.2024 | 09:00 Uhr - 18:00 Uhr

RS MEDICAL CONSULT ZU KI UND MEDIZIN

Format: Expertenforum

Titel: Künstliche Intelligenz und Medizin – Wie verändert sich das Gesundheitswesen

Veranstalter: RS Medical Consult

Teilnehmer: Dr. Thomas Kaiser (Institutsleiter, IQWiG), Dr. Wiebke Löbker (Leiterin des Innovationsbüros, BfArM), Prof. Dr. Dirk Müller-Wieland (Co-Sprecher der Kommission "Struktur der Krankenversorgung", DGIM; ehemaliger Präsident, DDG), Prof. Dr. Dr. Julian Nida-Rümelin (Professor für Philosophie und politische Theorie, Ludwig-Maximilians-Universität München), Klaus Rupp (Leiter des Fachbereichs Versorgungsmanagement, TK)

Link: <https://tsp.pm/HtuQrw>

Ort: Titanic Chaussee Berlin, Chausseestraße 30, 10117 Berlin

Mittwoch, 24.01.2024 | 13:00 Uhr - 15:00 Uhr

BMDV ZUM DIGITALEN ZWILLING

Format: Digitalkonferenz

Titel: Digitaler Zwilling – Neues Level der Digitalisierung

Veranstalter: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Teilnehmer: Dr. Volker Wissing MdB (Bundesminister für Digitales und Verkehr), Susanne Henckel (Staatssekretärin, BMDV), Michael Puschel (Leiter der Abteilung Bundesfernstraßen, BMDV), Dr. Melanie Leonhard (Senatorin für Wirtschaft und Innovation, Hamburg), Felix Scholz (Projektleiter Digitaler Zwilling von Brücken, BIM.Hamburg)

Link: <https://tsp.pm/1SCZCh>

Mittwoch, 24.01.2024 | 18:00 Uhr

GI UND STIFTUNG MERCATOR ZU KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Format: Veranstaltungsreihe

Titel: Roundtable-Reihe ethische KI-Entwicklung: Closing Event

Veranstalter: Gesellschaft für Informatik (GI), Stiftung Mercator

Teilnehmer: Carla Hustedt (Leiterin des Bereichs "Digitalisierte Gesellschaft", Stiftung Mercator), Julia Meisner (Projektleiterin RTeKI, Gesellschaft für Informatik), Rainer Rehak (Wissenschaftlicher Mitarbeiter "Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Teilhabe", Weizenbaum-Institut), Maïke Scholz (Senior Compliance Expert & Project Lead "Digital Ethics", Deutsche Telekom)

Link: <http://tsp.pm/iRvra1>

Ort: Merantix AI Campus Berlin, Max-Urich-Straße 3, 13355 Berlin

Mittwoch, 24.01.2024 | 18:45 Uhr

Neu BITKOM ZUR DIGITALISIERUNG

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Politischer Abend mit Christian Lindner

Veranstalter: Bitkom

Teilnehmer: Christian Lindner MdB (Bundesminister der Finanzen; Vorsitzender, FDP), Dr. Ralf Wintergerst (Präsident, Bitkom)

Link: <http://tsp.pm/pqkpwS>

Donnerstag, 25.01.2024 | 13:00 Uhr - 14:30 Uhr

WEIZENBAUM-INSTITUT ZU KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: "We're at a turning point with enormous uncertainty: On the implications of Generative AI"

Veranstalter: Weizenbaum-Institut

Teilnehmer: Esther Görnemann (Referentin für Forschungssynthesen, Weizenbaum-Institut)

Link: <http://tsp.pm/N1LTwu>

Sonntag, 28.01.2024 | 10:00 Uhr - 19:00 Uhr

EUROPAPARTEITAG DER FDP

Format: Parteitag

Veranstalter: Freie Demokratische Partei (FDP)

Link: <https://tsp.pm/9gkK5Q>

Ort: Station Berlin, Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin

IMPRESSUM

TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin
Geschäftsführer: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar
Tel: (030) 290 21-15 572
politikmonitoring@tagesspiegel.de
monitoring.tagesspiegel.de